

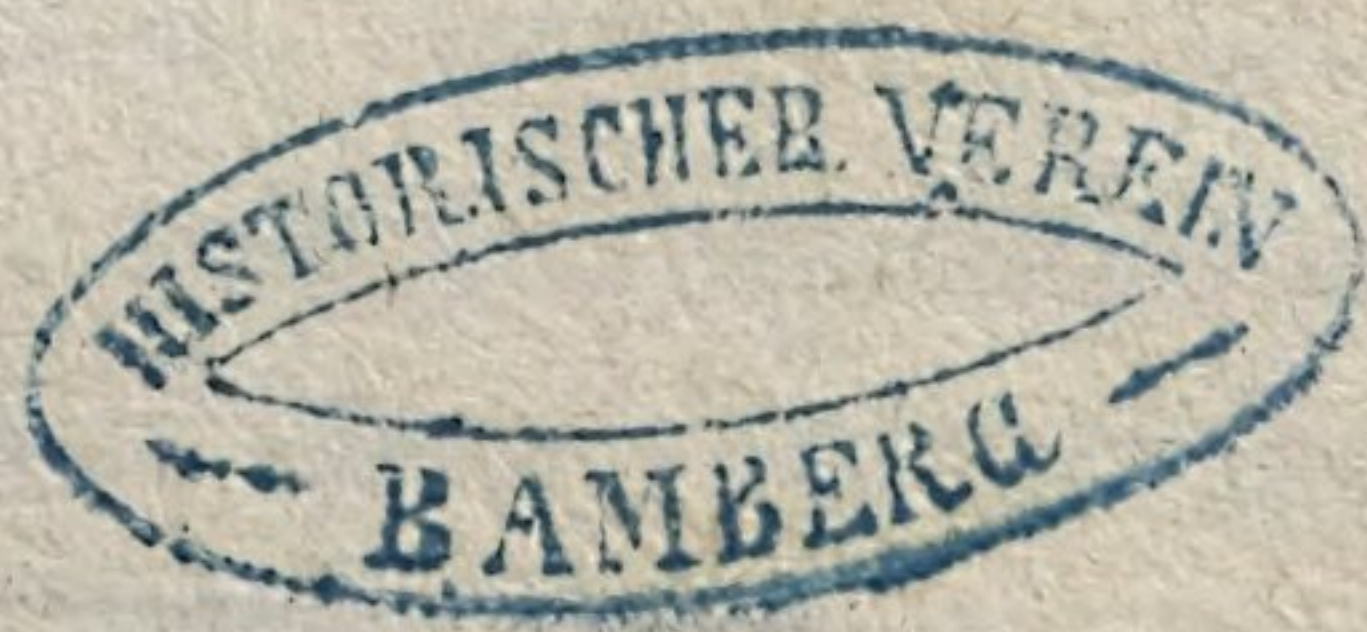
1877 I 223

Lage
des

Fluss.

Konstant

Die
gegenwärtige Lage
der
Diöcese Konstanz
aus
dem kirchen- und staatsrechtlichen Gesichtspunkte betrachtet.



Rom und Konstanz. 1817.

Staatsbibliothek

Bamberg

Bibl. des Histor. Vereins

V o r r e d e.

Der Verfasser gegenwärtiger Schrift fühlt es wohl, daß der Gegenstand, den er bearbeitet hat, sehr delikat ist. Er führt zu Ansichten, die den Bösgesinnten irritiren, und den, der gut-gesinnt ist, mit Kümmerneiß erfüllen, und ihm das Herz schwer machen. Allein doch schien es ihm unerläßliche Pflicht, von der Sache, und ihrem wahren Grunde mit Nachdruck zu sprechen. Die Gegenpartei hat zuerst, und zwar auf einem ganz ungeeig-

neten Wege — durch Zeitungsblätter — mit Hitze und Leidenschaft gesprochen. Sie hat sich, wie die gegenwärtige Schrift zeigt, Entstellungen erlaubt, die widerrechtlich und noch dazu im höchsten Grade unbillig sind. Sie nimmt das Air an, als seye, da sie doch die Untrüglichkeit der Kirche verwirft, diese Gabe, ihr Eigenthum, und will schlechterdings, wie ehemals der Jakobinerklubb in Frankreich, Niemanden zur Sprache kommen lassen. Der V. würde geschwiegen, und die ganze Entscheidung der Sache den höhern Behörden überlassen haben, wenn es ihm nicht Noth geschienen hätte, gleichfalls zu reden. Er versichert daher, daß ihn Brandbriefe, die er erhält, nicht abschrecken werden, die gute Sache, für die er streitet, zu vertheidigen. Er hat das feste Vertrauen auf die Regierungen

selbst, daß sie am Ende ihr wahres Interesse, welches Harmonie zwischen Staat und Kirche ist, und auf welches beide Gesellschaften zu der Erreichung des totalen Zwecks der Menschheit hinwirken müssen, einsehen werden. Jede Exorbitanz ist, so wie der Kirche, eben so auch dem Staate gefährlich. Die Maschine, die nicht regelmäfsig geht, zerstört sich selbst. Die neueste Zeitgeschichte giebt blutige Proben.

Der Verfasser..

§. 1.

Nach dem am 10. Febr. d. J. erfolgten Tode des Herrn Fürst-Primas, Karl Theodor, aus dem freiherrlichen Geschlechte von Dalberg ist, so wie das Erzbisthum Regensburg, so auch das Bisthum Konstanz, welches derselbe administrierte, erledigt worden. Um diesem Erledigungsfalle zuvorzukommen, hatte der hochseelig Verlebte, als Fürstbischof zu Konstanz bereits im Jahre 1815 beschlossen, sich in der Person seines bisherigen Generalvikars des Freiherrn von Wessenberg einen Koadjutor und Koadministrator im beregten Bisthume an die Seite zu stellen, welche Handlung, unter beitreter Genehmigung der großherzoglich-badischen Regierung im N. 15. des bad. Regierungsblattes unter dem

4. Sept. des nämlichen Jahres offiziell bekannt gemacht wurde. Obgleich vorauszusehen war, daß dieser Schritt manchen Widerspruch finden würde, und in der dermaligen Lage der deutsch-katholischen Kirche überhaupt, und jeder einzelnen insbesondere, am gelindesten beurtheilt, immer sehr gewagt war, so wurde er doch behauptet, und der neue Herr Koadjutor stellte sich nach seiner Zurückkunft von Karlsruhe nach Konstanz in einem Cer- cle einigen anwesenden Mitgliedern des dortigen Domkapitels, und dem Klerus in dieser Eigenschaft vor. Es konnte daher gar nicht anders als sehr unerwartet, und befremdend seyn, wenn nach dem Tode des letzten Herrn Fürstbischofes der Herr Koadjutor sich in dieser Eigenschaft nicht gerirte, sondern das Domkapitel ohne alle Rücksicht auf den bemerkten Akt jenen Weg betrat, den es bei der unbedingten Erledigung des Episkopats nach Vorschrift der Kirchengesetze betreten sollte. Das Erstaunen vermehrt sich, wenn man erfährt, daß das Domkapitel eben jenen Koadjutor, der sich ihm als solcher dargestellt hatte, nun ohne alle Erwähnung jener Verhältnisse, nach Maaßgabe des tridentinischen Kirchenraths bloß als *Vicarium capitula-*

rem vorschlägt, und in einem Schreiben an Se. päpstl. Heiligkeit um dessen Bestätigung bittet. Es war nicht allen eben so unerwartet, daß dieser Bitte die Gewährung von Seite des päpstlichen Stuhls, wo nicht versagt, doch erschwert werden könnte. Denn schon schien der Papst Anstand genommen zu haben, in das Koadjutoriegeschäft des Freiherrn von Wessenberg einzugehen. Die ersehnte päpstl. Konfirmation blieb lange ja ganz aus, und nicht einmal eine Erklärung folgte. Es verbreitete sich zugleich das Gerücht, Se. päpstliche Heiligkeit seye mit dem Benehmen des Herrn Generalvikars, Freiherrn von Wessenberg, in noch andern Rücksichten nicht ganz zufrieden. Dieses Gerücht erhielt dann seine volle Bestätigung, als die päpstliche Bulle vom 15. März d. J. erschien, worin Se. Heiligkeit dem Domkapitel unumwunden erklärten, daß Sie *ex gravissimis causis* den in der Person des Freiherrn von Wessenberg ihm vorgeschlagene *Vicarium capitularem* nicht bestätigen könnten.

§. 2.

Welche Sensation diese Verweigerung bei einer gewissen Parthei in Deutschland her-

vorgebracht, mit welcher Geschäftigkeit man diesen Schritt des päpstlichen Stuhls im schiefsten Lichte dargestellt, und ihn als einen solchen zu bezeichnen gesucht habe, der nicht ein Individuum, sondern die Rechte der Nation, der ganzen katholischen Kirche, jedes Deutschen gelte, wird sogleich gezeigt werden. Es gehört unter die Zeichen der Zeit, daß man den sonst an sich nicht unwichtigen Gegenstand nur mit Bitterkeit und Galle, mit kühner Absprechung, und dem Wetterleuchten eines seichten Witzes zu behandeln, und ihm nur das Reich der Journale, ohnerachtet der Wichtigkeit, die man ihm von dieser Seite selbst zu geben sich angelegen seyn liefs, anzuweisen. Er verdient es wirklich näher in seinen Prinzipien gewürdigt, und systematisch behandelt zu werden. Ich mache hiemit den Versuch.

§. 3.

Um dem Vorwurfe zu entgehen, als habe man die Gründe der Parthei, die diesen Schritt des Papstes so ungünstig beurtheilt, entweder nicht vollständig aufgefaßt, oder nicht stark genug vorgetragen, so soll sie selbst reden.

Ich habe daher ihre Stimmen, wie sie in den verschiedenen Zeitschriften wiederhallten, gesammelt, und rücke sie hier in chronologischer Ordnung ein.

§. 4.

Deutschlands Ansichten über das päpstliche Breve, gegen den Freiherrn von Wessenberg. Den Freunden und Feinden dieses Edlen gewidmet. Deutschland 1817. Aus dem Wegweiser N. 15. S. 116.

Von Rom aus ergieng den 19. März dieses Jahrs ein Breve an das bischöfliche Domkapitel zu Konstanz in Betreff seiner Wahl des Freiherrn von Wessenberg zum Kapitular-Vikar während der Erledigung des bischöflichen Stuhls daselbst etc. etc.

Dieses Breve hat in Deutschland eine allgemeine Mißbilligung, man darf sagen, Indignation erweckt.

1) Fiel es den Leuten auf, wie es denn gekommen seyn möge, daß dieses sonderbare diplomatische Aktenstück fast zu gleicher

Zeit, da es zu Konstanz eingelaufen, durch die Zeitungen schon öffentlich bekannt war. Wir fanden es zuerst in der Stuttgarter Zeitung, die ein vielgelesenes und beliebtes Hamburger Blatt als seine erste Quelle nachweist.

Die sehr würdigen Domherren von Konstanz haben gewiß nicht das Breve an den Hamburger Korrespondenten eingesendet. Ihre eigene Stellung und Pflicht forderten es, daß sie die merkwürdige Urkunde vor allem ihrem gnädigsten Souverän vertrauensvoll einschickten, weil es unter allen Regierungen in Deutschland Recht, Pflicht, Sitte und Herkommen ist, daß kein Breve ohne Einsicht und Genehmigung der höchsten Staatsgewalt angenommen, noch weniger bekannt gemacht werden dürfe.

Welcher römische Curialist, oder welcher Knecht eines Curialisten mag es also auf sich genommen haben, dieses Breve öffentlich auf die Schau zu stellen, und welche christliche Absicht mag dabei obgewaltet haben? Ist es, um die Machtvollkommenheit seines geistlichen Hofes in Deutschland bemerklich zu machen? oder aber den im höchsten Grade geschätzten und gefeierten Namen eines Wes-

senbergs bei unserer Nation zu brandmarken?

Beide Absichten werden ihren Zweck verfehlen.

Denn einmal müssen durch diesen Vorfall die deutschen Höfe, besonders unter den jetzigen Zeitverhältnissen, zur strengsten Aufmerksamkeit geweckt werden, keine Kontrebande von Breven oder Bullen in ihre Staaten einschleichen zu lassen, und nur jene anzunehmen, von deren Inhalt und Zweck sie vorläufig benachrichtigt sind. Auf der andern Seite steht der sittliche, christ-katholische und wissenschaftliche Charakter des Freiherrn von Wessenberg bei der deutschen Kirche in einer so hohen Achtung, daß er durch eine so öffentliche Mißhandlung keinen Fleck bekommen kann, noch wird. Wenn man bei einer so ernsthaften Sache in Gleichnissen reden darf, so ist diese Verbreitung eben so viel, als wenn ein stiller, untadelhafter Mann unten an einem hohen Thurme vorbeigeht, ihn aber ein muthwilliger Mensch, im Vertrauen auf Lokalsicherheit und Unerreichbarkeit, unversehens mit einem Steine auf den Rücken wirft.

Aber untersuchen wir es: was sagt eigentlich das Breve? „Es müsse den Domkapitularen bekannt seyn, daß der Freiherr von Wessenberg wegen äußerst wichtigen Ursachen dem heiligen Vater so sehr mißfallen habe, daß er ihn von der Stufe eines Generalvikars habe herabwerfen wollen.“

Von diesem Wollen war den Gliedern des Kathedralkapitels allerdings nicht das mindeste offiziell bekannt. Sie erfuhren es aus dem Breve zum erstenmal. Sollte etwa der verewigte Bischof Karl Theodor von Dalberg von diesem Wollen und von den angeblichen wichtigen Ursachen, die diese Operation des menschlichen Geistes durch die Macht der Vorstellungen hervorriefen, Kenntniß gehabt, sie aber aus Ueberzeugung ihrer Nichtigkeit und Unhaltbarkeit den Domkapitularen nicht mitgetheilt haben, so sind diese würdigen friedlichen Männer gewiß von aller Schuld befreit. Herr von Wessenberg war unter dem seligen Bischofe Generalvikar, war als dessen Koadjutor gewählt, und, wohl gemerkt, in dieser Eigenschaft von dem Souverän des Landes anerkannt. Natürlich mußte es also kommen, daß seine geistlichen Mit-

brüder aus Kenntniss seiner persönlichen Eigenschaften, aus Würdigung seiner Verdienste, ihn in der Stelle, die er früher mit so grosser Auszeichnung bekleidet hatte, durch Bestätigung neuerdings wählten.

Was können also für äusserst wichtige Ursachen vor Handen gewesen seyn, die ein so hartes Urtheil am römischen Hofe hervorriefen? wahrscheinlich nichts als allgemeine Verläumdungen. Nun aber sind allgemeine Anklagen, Anzeigen und Beschwerden hinter dem Rücken eines ehrlichen Mannes angebracht, das, was man im Rechte *Criminatio vaga* nennt. Auf diese darf weder nach geistlichen, noch nach weltlichen Rechten die mindeste Rücksicht genommen werden.

Dem deutschen Mann, tritt man öffentlich unter die Augen, und sagt ihm: „hier sind Anklagen gegen dich, aber deine Vertheidigung steht dir offen; wir wollen hören! „So fordert es das heilige Recht“!

Bei der grossen Entfernung, in welcher der höchste Vorsteher unsrer Kirche lebt, bei verstellten und wohl untreuen Nachrichten, die er von dem kirchlichen Zustande entlegener Länder zuweilen erhält, und zwar nach

menschlichen Leidenschaften, Gunst, Nebenabsichten, oder mangelhaften Einsichten von Seite deren, die sie ertheilen, zu erhalten im Falle ist, kann es nicht fehlen, daß der gerechte, milde und in der christlichen Welt so hochverehrte Pius VII. auch irre geleitet werden könne. Aber von seiner Gerechtigkeit steht es auch zu hoffen, daß er, besser belehrt, einem gekränkten Manne auch seine Zuneigung wieder zu schenken für Pflicht eines obersten Hirten halten wird.

Schon spricht der Inhalt des Breve diese Gesinnung von selbst aus. Denn, wenn der höchste Gebieter der katholischen Glaubigen es wünschte, daß die Kapitularen einen Mann wählen sollen, „*qui bonum apud Catholicos nomen habeat*“, d. i., der einen guten Namen unter den Katholiken habe, so hat gewiß niemand einen gerechtern Anspruch auf allgemeines Zutrauen und ehrenhafte Auszeichnung, als der edle und edelmüthige Domherr, der so hinterlistig verläumdete worden ist. Einmal wäre es an sich schon eine sonderbare Forderung, zu verlangen, daß jemand seinen guten Namen zu beweisen angehalten werden könne oder müsse. Daher wird nach menschlichen Gesetzen ein jeder Staatsbür-

ger in so lange für gut gehalten, bis jemand das Gegentheil beweisen hat.

Für Wessenberg sprechen schon längst die Zeugnisse der Nation, das Vertrauen seines Souveräns, der Beifall der Gelehrten und Aufgeklärtesten unseres Volkes, die Zuneigung und treue Anhänglichkeit seiner nächsten Mitarbeiter im Weinberge des Herrn.

Dafs es aber Leute gebe, denen er mißfallen könne und mißfallen müsse, ist menschliches Loos, und wohl begreiflich. Was wägen aber ihre Stimmen in der National-Waagschaale? — Wäre es noch Sitte, wie sie es in der alten Kirche war, wo Klerus und Volk sich seinen Bischof aus seiner Mitte selbst wählten, so wüßten wir schon den Mann, den die Mehrheit der Stimmen zu diesem mächtigen Amte auszeichnen würde. Denn da hiefs es: *vox populi, vox Dei*.

„Aus ihren Werken müßt ihr sie erkennen,“ sagen unsere heiligen Bücher. Während seines Amtes eines bischöflichen Generalvikars, erlebten wir segenreiche Wirkungen seines Eifers für Religion, religiöse Gesinnungen, Liturgie, sittlichen und bürgerlichen Unterricht in den Schulen, Veredlung

des Herzens, und Belebung der Studien, der Thätigkeit und des Amtseifers geistlicher, dem Dienste des Herrn gewidmeter Priester. Freilich mag es einigen aus diesem im Staate so geehrten Stande, wegen Liebe zur Gemächlichkeit, nicht angenehm gewesen seyn, wenn der höchst thätige, nüchterne und besonnene Generalvikar nicht aufhörte, zu mahnen, zu bitten, zu beschwören, seinen Untergebenen gewissenhafte Anwendung ihrer Zeit, Ausbildung ihres Geistes, Theilnahme an Schulwesen und Unterricht, fleißige Lektüre, Mildthätigkeit gegen Dürftige zu empfehlen, wenn er geistliche Konferenzen ausschrieb, und Uebung der Talente in Beantwortung aufgestellter und auch belohnter Preisaufgaben zu erwecken, beflissen war.

Noch weniger mag es einigen Klostervorstehern anständig gewesen seyn, wenn sie unwissende Mönche zur Erwirkung des Priestergrades auf die bischöfl. Prüfung vorstellten, welche höchstens ihren dürftigen Unterricht aus sogenannten, von einer Generation zur andern hergeerbten, *Scriptis* und alten Kasuisten geschöpft hatten, und wenn diese guten Leute zur Wiederholung ihrer Studien nach bessern Lehrbüchern angewiesen wur-

den, und man ihnen dann ganz offen sagte, daß Pastoralklugheit, Menschenkenntniß und Erforschung des Herzens dazu gehörten, um als Richter über Gewissen im Beichtstuhle und als Lehrer des Volkes auf Kanzeln aufzutreten.

Aus dieser Quelle nun flossen so manche Klagen bei der nächsten Nuntiatur über den vortrefflichen Generalvikar von Wessenberg.

In der That, es ist nichts neues und nichts fremdes, daß auch die verdientesten Männer der Kirche in Rom unverdienter Weise verläumdet werden können.

Wiederfuhr ja dieses auch dem großen *Carolus Boromaeus*, Erzbischof von Mailand, dem es so angelegen war, den Klerus seiner Kirche in Sitten, Lebensweise, im Unterricht und in der Liturgie zu reformiren. Wie lange hatte dieser Gott geweihte Mann gegen boshafte Priesteranzeigen in Rom zu kämpfen! und waren es nicht Priester, die durch einen aus ihrem eigenen Stande gedungenen Bösewicht den frommen Diener des Herrn, selbst während dem er vor den Stufen des Altars sein Gebet verrichtete, mit einem Feuerge-

wehr hinterlistig verwundeten und ihn ermordet haben würden, hätte nicht das Auge des Allmächtigen über das schuldlose Opfer der Rache gewacht.

Parallelen dieser Art, könnte man noch mehrere aus der Geschichte anführen. Es genüge aber an diesem, und schlüsslich läuft es auf eins hinaus, ob man durch tödtliche Waffen oder durch hinterlistige Angebereien ermordet wird!

Carolus Boromaeus durfte sich rechtfertigen. Wir wollen hoffen, daß der Vater der Glaubigen das nämliche Recht — denn Wohthat ist es nicht, was man fordern kann — dem mißhandelten Generalvikar gestatten, und jene *gravissimas Causas*, die ihm zur Last geschrieben werden, der badischen Kirche und der Welt vorzuenthalten nicht geneigt seyn werde.

Ueberhaupt schweben die kirchlichen Verhältnisse Deutschlands in einer Lage, daß der Fall die höchste Aufmerksamkeit erweckt hat, und sie auch verdient. Seine Entwicklung wird uns belehren, was wir zu gewarten haben.

Die Deutschen sind ein sehr gutmüthiges Volk. Aber wahr ist es, was der staatskluge Kardinal Bentivoglio in seinen Briefen schon längst von ihnen sagte: Sie sind *Petti candidi, ma Spiriti caldi*, d. h., sie haben redliche, biedere Herzen, aber — wie soll ich es gleich bedeutend übersetzen? — sie haben einen heissen, aufwallenden Geist, der kein Unrecht duldet. Mögen die Belege aus der Geschichte, die dieses beweisen, nicht verloren gehen!

Aus der Beilage der Allgemeinen Zeitung N. 64. vom 20. Mai 1817. Nur mit Unwillen, schreibt man aus dem Badenschen, hat man ein päpstliches Breve in Nro. 61. des Hamburger unpartheischen Korrespondenten gelesen. Von diesem Breve hat unsere Regierung keine Kenntniss, und es ist in der That sehr auffallend, daß sie erst aus einer auswärtigen Zeitung vernehmen soll, was von Rom für die Verwaltung des Bisthums im Lande angeordnet worden. Doch, der ganze Inhalt des vorgeblichen Breve's bezeichnet es als das elende Machwerk einer im Dunkeln schleichenden Verläumdung. Der Freiherr von Wessenberg, durch seine treffli-

chen Schriften eben so berühmt als durch seine Tugenden, steht seit 15 Jahren als Generalvikar dem Bisthume Konstanz vor, und genießt einer auf seine vorzüglichen Verdienste sich gründenden allgemeinen Hochachtung, so wie des vollen Vertrauens unsers Gouvernements. Sein Ruf ist in jeder Hinsicht makellos. Wie könnte ein Mann, der so viel Gutes und Vortreffliches für die Religion geleistet hat, in den Augen Pius VII. seiner Stelle unwürdig erscheinen? Wie viel weniger ist es denkbar, daß Pius der VII. ihn ungehört verurtheilt? Am unerklärbarsten wäre dieses, da bekanntlich Herr von Wessenberg, während des Kongresses zu Wien und an dem Bundestage zu Frankfurt, unermüdet, mit so vieler Klugheit und Umsicht, und mit eben so großem Beifalle, für das katholische Kirchenwesen in Deutschland sich verwendet hat. Alle Rechtschaffene und Vernünftige freuen sich daher, den verdienstvollen Mann recht bald als Bischof des Landes zu verehren. Wenn das (ehemalige) Domkapitel von Konstanz ihn nach dem Hintritt des Herrn Fürsten Primas, zum Bisthumsverweser bestellte, so ist das wohl in Gemäfsheit des Konziliums von Trient geschehen; aber diese (von

der Regierung gutgeheissene) Bestellung unterliegt nach dem klaren Sinne der Verordnung dieses Konziliums selbst und nach der allgemeinen Uebung, keiner päpstlichen Bestätigung, und es ist darum nicht einzusehen, wie vom Begehren, noch weniger vom Verweigern derselben die Rede seyn kann.“

Aus der Arauer Zeitung Nro. 54 vom 3. Mai 1817. Das römische Breve gegen den um die katholische Kirche hochverdienten Herrn Generalvikar von Wessenberg hat hier, wie in ganz Deutschland, Mißmuth und Unwillen erregt. Noch wollen Viele selbiges nicht einmal für ächt halten, weil es den kanonischen Gesetzen zum Theil widerspricht. Denn erstens eignet Rom durch dieses Breve sich das Recht der Bestätigung oder Verwerfung eines vom Domkapitel bestellten Bisthumsverwesers zu, ein Recht, welches dem römischen Stuhl, namentlich in Deutschland, niemals zustand, indem die Kirchenversammlung von Trient ausdrücklich verordnete, daß der vom Domkapitel bestellte Bisthumsverweser die ihm übertragene Gewalt so lange beibehalten und ausüben solle, bis der neuerwählte Bischof in volle Thätigkeit

trete (siehe *Sess. XXIV. cap. 16.*) Dann nimmt Rom durch dieses Breve sich heraus, den Herrn von Wessenberg, der schon seit 15 Jahren als Generalvikar das Bisthum Konstanz mit großer Aufopferung und mit unbeschreiblichem Eifer für alles Gute verwaltete, unverhört, gegen alle kanonische Rechtsordnung, bloß weil er das Mißfallen der römischen Kurie sich zugezogen, seiner Würde zu entsetzen, und vor aller Welt als einen verdächtigen und als Katholik in übelm Ruf stehenden Mann darzustellen; ein Verfahren, das, um uns gelind auszudrücken, nicht der Billigkeit gemäß ist. Denn Gunst oder Ungunst, Gefallen oder Mißfallen mag wohl, wie das Weimarische Oppositionsblatt richtig bemerkt, bei Besetzung von Hofstellen entscheiden; in kirchlichen Angelegenheiten gelten nur begründete und erwiesene Ansichten. Durch alle diese Umstände ist des Herrn von Wessenberg persönliche Sache eine Angelegenheit der gesamten deutsch-katholischen Kirche geworden. Auch sind die Geister bereits in Bewegung gesetzt. Zuerst publizierte einer jener protestantischen Ueberläufer, die, katholisch geworden, katholischer als der Pabst seyn wollen, eine Schrift im

ultramontanischen Sinn, betitelt: „Ueber die Ernennung des Herrn Generalvikars Freiherrn von Wessenberg zum Koadjutor und Koadministrator des Bisthums Konstanz; Rom 1816.“ Für Herrn von Wessenberg, oder vielmehr für die Sache des Lichts und der Gerechtigkeit, nahm ein anderer wohlunterrichteter Mann das Wort, in der Schrift: „Die Ernennung eines Koadjutors für das Bisthum Konstanz, aus dem wahren kirchenrechtlichen Gesichtspunkte dargestellt; Germanien 1816.“ (Freiburg, Herdersche Buchhandl.) Letztere Schrift darf Allen empfohlen werden, die unbefangen in dieser hochwichtigen Sache urtheilen wollen. Uebrigens ist immer noch eine friedliche Ausgleichung zu hoffen, zumal wir jüngst durch die Arauer Zeitung vernommen haben, daß den Schweizern selbst von Rom aus das treue Anschließen an die Grundsätze der gallikanischen Kirche dringend angerathen wird. Wir empfehlen zu dem Ende auch den Schweizern die bei uns viel gelesene, jüngst erschienene Schrift: „Darstellung der Lehre der gallikanischen Kirche in Hinsicht auf die Forderungen der römischen Kirche; aus dem Französischen des Herrn du Marsais. Eine alte Vor-

arbeit zu einem neuen Konkordate, bei irgend einer neuen Einrichtung der katholischen Kirche. Stuttgart, bei Steinkopf, 1816.“

Aus der Arauer Zeitung Nro. 55. vom 7. Mai 1817. Das päpstliche Breve gegen den trefflichen Hrn. von Wessenberg, der sich so eifrig der Konstituierung und neuen Organisation der katholischen Kirche in Deutschland angenommen und desfalls auf dem Wiener Kongresse, und dann auf dem Bundestage zu Frankfurt unterhandelt hat, erregt allenthalben eine sehr starke Sensation, um so mehr, da Herr von Wessenberg so allgemein geschätzt wird. Das ultramontanische System, das in den neuesten Zeiten einige Vertheidiger in Deutschland gefunden hat, kann weder bei den Regierungen noch bei der Nation Eingang finden, und man sieht nunmehr der Aufstellung von Grundsätzen entgegen, die denjenigen ähnlich sind, welche die deutschen Erzbischöfe und Bischöfe in den berüchtigten Nuntiaturstreitigkeiten und anderwärts, besonders zu der Zeit als Joseph der II. die deutsche Kaiserwürde bekleidete, aufgestellt haben. Es heißt jetzt auch, der Bundestag werde sich nächstens

mit dieser Angelegenheit beschäftigen, obgleich mehrere einzelne deutsche Höfe in besondere Unterhandlungen mit dem päpstlichen Stuhl wegen Abschluß von Partikular-Konkordaten getreten sind.

Auszug eines Schreibens aus dem Königreiche Württemberg vom 13. Juni 1817. „Was könnte mit uns jeden gutdenkenden Mann mehr ergreifen, und tiefer verwunden, als das neulich erschienene Breve von Rom, wodurch unser gute, groß- und edeldenkende Generalvikar Freiherr von Wessenberg so tief verwundet, und so schmähtlich herabgesetzt wurde! Es hat dießs Breve bei mir, und allen Geistlichen, die nicht bloß den Rock eines Geistlichen, sondern das Kleid des Geistes tragen, eine Sensation verursacht, die in volle Indignation übergegangen ist. Denn wie sollte man es sich auch nur träumen lassen können, daß ein Mann, wie Wessenberg, auf eine solche empörende Weise angegriffen werden könnte? — Und doch es geschah, und geschah durch den höchst verehrungswürdigen, hier gewiß nur mißleiteten heiligen Vater der Gläubigen in Rom! — Wohin hat es doch Ignoranz und

ihre Schwester die Bosheit auch in unsern Tagen gebracht! So müssen wir auch jetzt noch die bittere Erfahrung machen, wie sie ihren dämonischen Zahn an unsern eben so erleuchteten als fleckenlosen von Wessenberg ansetzte, und ihm für seine Bemühungen, denen nur die Förderung der Religion, und eines ihr entsprechenden Kultus zum Grunde lagen, selbst das wertheste Gut, nämlich Ehre und guten Namen zu zernagen suchte! — Unumwunden gestehe ich es, daß mir, und gewiß jedem andern rechtlichen Manne, nichts schmerzlicher gefallen ist, als diese Verläumdung des großen und geliebten Mannes! — Und wehe thut es mir, und dem größten Theile der katholischen Geistlichen im Königreiche Würtemberg, uns von der fernern Leitung dieses unvergleichbaren Mannes getrennt zu sehen. — Wir haben Ursache genug, seiner uns kräftig anzunehmen, und alles anzuwenden, daß sein gelästerter Name vor der Welt nicht nur allein gerettet, sondern nach dem Ermessen des wahren und bleibenden Verdienstes wieder erhoben werden möge.“

M *** v. R.

§. 5.

Die rheinischen Blätter enthalten N. 86. 87. folgenden Aufsatz: Konstanz am 16. Mai 1817. Das päpstliche Breve gegen die Wahl des Freiherrn von Wessenberg zum Bisthumsverwalter soll, wie öffentliche Blätter melden, in mehreren Gegenden Deutschlands großes Aufsehen erregt haben.

Das mag in so weit richtig seyn, als es denjenigen, welche mit der römischen Kurie wenig bekannt sind, nicht leicht begreiflich scheint, wie es möglich sey, die Verdienste des Herrn von Wessenberg, welche ganz Deutschland anerkennt, in Rom zu mißkennen.

Bei uns hat das Breve nur Mißfallen erregt, und die Absicht ist gänzlich fehlgeschlagen, auf welche es berechnet zu seyn schien.

Die Geistlichkeit unsers Bisthums hat sich unter der einsichtvollen Regierung unsers unvergeßlichen Dalbergs, dessen Generalvikar der Hr. von Wessenberg 15 Jahre lang gewesen ist, auf eine so ehrenvolle Stufe von Bildung, Pastoralklugkeit, Welt- und Menschenkenntniß erhoben, daß sie das

Ränkespiel sogleich vollkommen durchsehen hat, womit einige einflusshabende Kurialisten den frommen kränkenden Pius umstrickt haben, um ihn zu einem Schritte zu verleiten, wodurch sie Deutschland, hinsichtlich der Gesinnung des Klerus und der Einigkeit und Kraft der deutschen Regierungen, den Puls fühlen wollen.

Das Barometer der römischen Kirchenherrschaft in Deutschland steht damit schon so hoch, daß es Beständigkeit anzukündigen scheint.

Bei so günstigen Verhältnissen läßt sich etwas wagen, um weitere Versuche, welche zum Ziele führen können, anzustellen. Der Mann, welcher sich erkühnt hat, in Wien von einer deutschen Kirche zu sprechen und zu schreiben, und sich sogar des in frommen römischen Ohren so gottlos klingenden Ausdruckes: deutsche Kirchen Freiheiten zu bedienen, dem kann durchaus die Verwaltung eines deutschen Bisthums nicht anvertraut werden, eben weil er deutsch gesinnt ist. Das dürfte freilich nicht gesagt werden; aber gerade deswegen ist auch der Grund der verweigerten Genehmigung jener Wahl gar nicht

angeführt worden, weil eben kein wahrer vollgültiger aufzubringen war.

Da es aber hier eigenthümlicher darum sich handelt, der Welt zu zeigen, und von neuem recht handgreiflich zu beweisen, daß der Pabst oder vielmehr seine Kurie die Alleinherrschaft in der ganzen katholischen Kirche auszuüben habe, so will sie diese Gewaltübung auch einmal dadurch recht kenntlich darstellen, daß sie eine nachgesuchte Genehmigung zu den Kapitularvollmachten verweigert, damit man nicht etwa sagen möchte, die Gesuche um Vollmachtsgenehmigung, seyen bloße Anzeigen oder Höflichkeitsschreiben gewesen.

Wie leicht, meinen die schlaunen Römer, werden sich die Deutshen in ihrer Gutmüthigkeit so etwas gefallen lassen, was ihr in der Politik eben nicht sehr geübter Blick so schnell nicht übersehen wird! Die Sache ist gut ausgedacht, und gewährt uns die Ueberzeugung, daß der Geist eines Hildebrand, und seiner Nachfolger in der Kurie noch lebendig fortwirke; denn wenn wir einmal an dem sind, daß so gar die Verordnungen der allgemeinen versammlungen und selbst jene von Trient

in Rom nichts mehr gelten, und die Kurie nach Belieben ihre Willkühr an die Stelle des Rechts setzen kann, dann ist der kirchliche Dominat fertig.

Konstanz, vom 16. Mai. (Beschluss,) Jedermann sieht ein, dafs es jetzt auf die Handhabung des Rechtes gegen die Willkühr, auf die Befestigung deutscher Nationalkirchengrundsätze gegen anmassende Eingriffe, auf die Bewahrung der Grundlage, worauf eine gerechte Kirchenverfassung wieder hergestellt werden könnte, ankomme. Deutschland hat jeder Zeit, so lange es zum Christenthum sich bekennt, seinen wahren und edlen Stolz darin gesetzt, dafs es seine Kirchenvorsteher selbst, und aus seinem Klerus ernannt hat, und nun geht das römische Bestreben dahin, erst die Ernennung der Kirchenvorsteher sich zuzueignen, um alsdann durch römische Vikarien unsere Kirche regieren zu lassen, wie diess in dem von der römischen Kurie eben so sehr als von der englischen Konstitution mißhandelten Irland geschieht.

Es war eine Napoleonische Politik, den besiegten Staaten als Bedingniß des Waffen-

stillstandes aufzulegen, daß die Männer, welche seinen Anmassungen nicht günstig waren, aus den Ministerien, und von den Geschäften entfernt werden mußten, damit er um so freier die Friedensbedingnisse diktiren könne.

Stehen wir vielleicht im nämlichen Verhältnisse mit Rom, uns ein Konkordat vorschreiben zu lassen? Die Kurialisten meinen dieses wirklich in allem Ernste, und einer ihrer deutschen Anhänger hat sich sogar nicht entblödet, in einer Denkschrift, den unkatholischen und wirklich gottlosen Wunsch auszusprechen, man müsse in Deutschland alle Bischöfe aussterben lassen, damit die Deutschen genöthigt würden, von Rom Bischöfe (nämlich unter jeder Bedingung, die man dort setzen wird) zu verlangen. Daß übrigens die Gregor Hildebrandischen Grundsätze mit den Napoleonischen einerlei sind, ist ebenfalls in einer eigenen Druckschrift erwiesen, und daß die Mehrheit der jetzigen Kurie aus Ultras des Hildebrandismus besteht, das beweist ihr ganzes Benehmen bis zum Ueberfluß.

Unser Domkapitel konnte daher gar keine eigentliche Bestätigung von Rom einholen, und so war es auch nie gemeint, sondern es war nur eine Höflichkeitsanzeige, worauf man ein solches Breve gar nicht erwarten konnte. Denn der Gewählte braucht keine weitere Vollmacht, da ihm die allgemeine Kirche im gedachten Concilium diese ertheilt. Darin aber liegt es eben, daß die Kurie für sich keine Kirchengesetze will gelten lassen, sondern nach Willkühr herrschen möchte.

Eines Krieges bedarf es, Gott sey Dank! jetzt nicht mehr gegen Rom, um die Rechte der Nation gegen die Anmassungen seiner Kurie aufrecht zu erhalten, sondern es reicht hin, daß unsere deutschen Regierungen sich bloß ihrer Rechte bedienen.

Die Regierung von Portugall giebt hierin ein Beispiel. Da der Papst einem vom Könige ernannten Bischofe die Konfirmation verweigern wollte, so ließ der König durch seinen Minister, Marquis d'Agular, am 30. Juli dem Papste antworten: Der König sey durch die Verweigerung der Bestätigungsbulle sehr beleidigt, indem der Vorwand, die Lehre des Ernannten sey verdächtig, den Kö-

nig der Unklugheit in der Auswahl bezüchtigte, und die Behauptung, die Lobrede auf Pombal sey ein Skandal, eine Beschwerde für den König von Portugall abgebe, der nicht glaube, daß diese Lobrede übel begründet sey. Zugleich verweigert der König die nachgesuchte Entlassung des Ernannten, weil er ihn des erzbischöflichen Stuhls sehr würdig erachte. Sein Gesandter in Rom erhielt den Auftrag, die ungesäumte Ausfertigung der Bestätigungs-Bulle in der herkömmlichen Form zu verlangen, mit der Weisung, sich dabei zwar der achtungsvollsten Ausdrücke gegen den heil. Stuhl zu bedienen, aber im Fall einer Zögerung auf dem Verlangen einer der Beleidigung angemessenen Genugthuung für den König zu bestehen, und im Falle der Unnachgiebigkeit des römischen Hofes die Entschliessung des Königs anzukündigen, künftig alle Bischöfe seiner Staaten nach der alten Form der ursprünglichen Kirchenverfassung durch den Metropolit (oder den ältern Bischof) bestätigen zu lassen.

§. 6.

Der Fränkische Merkur N. 199. und 201. enthält aus der Schweiz vom 8.

Juli: Am 29. Juni traf der einstweilige Verweser des Bisthums Konstanz, Freiherr von Wessenberg, von Karlsruhe in Konstanz ein, und am folgenden Tage setzte er seine Reise nach Rom fort. Ein Schweizerblatt lieferte kürzlich Ansichten über das gegen den achtungswürdigen Mann gerichtete päpstliche Breve, aus denen wir folgende Stellen ausheben: „Bei der grossen Entfernung, in welcher der höchste Vorsteher unsrer Kirche lebt, bei verstellten und wohl untreuen Nachrichten, die er von dem kirchlichen Zustande entlegener Länder zuweilen erhält, und zwar nach menschlichen Leidenschaften, Gunst, Nebenabsichten oder mangelhaften Einsichten von Seite derer, die sie ertheilen, zu erhalten im Falle ist, kann es nicht fehlen, daß der gerechte, milde und in der christlichen Welt so hoch verehrte Pius VII. auch irregeleitet werden könne. Aber von seiner Gerechtigkeit steht auch zu hoffen, daß er besser belehrt, einem gekränkten Manne auch seine Zuneigung wieder zu schenken für Pflicht eines obersten Hirten halten wird. Schon spricht der Inhalt des Breve diese Gesinnung von selbst aus. Denn, wenn der höchste Gebieter der katholischen Gläubigen

es wünschte, daß die Kapitularen einen Mann wählen sollen, *qui bonum apud catholicos nomen habeat*, d. i. der einen guten Namen unter den Katholiken habe, so hat gewiß niemand einen gerechtern Anspruch auf allgemeines Zutrauen und ehrenhafte Auszeichnung, als der edle und edelmüthige Domherr, der so hinterlistig verläumdete worden ist. Einmal wäre es an sich schon eine sonderbare Forderung, zu verlangen, daß jemand seinen guten Namen zu beweisen angehalten werden könne oder müsse. Dieser wird nach menschlichen Gesetzen bei jedem Staatsbürger in so lange für gut gehalten, bis jemand das Gegentheil bewiesen hat. Für den Hrn. v. Wessenberg sprechen schon längst die Zeugnisse der Nation, das Vertrauen seines Souveräns, der Beifall der Gelehrtesten und Aufgeklärtesten unsers Volkes, die Zuneigung und treue Anhänglichkeit seiner nächsten Mitarbeiter im Weinberge des Herrn. Daß es aber Leute gebe, denen er mißfallen könne und müsse, ist menschliches Loos, und wohl begreiflich. Was wägen aber ihre Stimmen in der Nationalwagschale? — „Aus ihren Werken müßt ihr sie erkennen,“ sagen unsere heiligen Bücher. Während seines Am-

tes eines bischöflichen Generalvikars erlebten wir segenreiche Wirkungen seines Eifers für Religion, religiöse Gesinnungen, Liturgie, sittlichen und bürgerlichen Unterricht in den Schulen, Veredlung des Herzens und Belebung der Studien, der Thätigkeit und des Amtseifers geistlicher, dem Dienste des Herrn gewidmeter Priester. Freilich mag es einigen aus diesem im Staate so geehrten Stande, wegen Liebe zur Gemächlichkeit nicht angenehm gewesen seyn, wenn der höchst thätige, nüchterne und besonnene Generalvikar nicht aufhörte, zu mahnen, zu bitten, zu beschwören; seinen Untergebenen gewissenhafte Anwendung ihrer Zeit, Ausbildung ihres Geistes, Theilnahme an Schulwesen und Unterricht, fleissiges Lesen, Mildthätigkeit gegen Dürftige zu empfehlen, wenn er geistliche Konferenzen ausschrieb und Uebung der Talente in Beantwortung aufgestellter und auch belohnter Preisaufgaben zu erwecken beflissen war. Noch weniger mag es einigen Kloostervorstehern anständig gewesen seyn, wenn sie unwissende Mönche zu Erwirkung des Priestergrades auf die bischöfliche Prüfung vorstellten, welche höchstens ihren dürftige Un-

terricht aus sogenannten, von einer Generation zur andern hergeerbten Skriptis und alten Kasuisten geschöpft hatten, und wenn diese guten Leute zur Wiederholung ihrer Studien nach bessern Lehrbüchern hingewiesen wurden, und man ihnen auch ganz offensagte, daß Pastoralklugheit, Menschenkenntnis und Erfahrung des Herzens dazu gehörten, um als Richter über Gewissen im Beichtstuhle, und als Lehrer des Volkes auf Kanzeln aufzutreten. Eine solche Zurechtweisung erwartete mancher Pater Lektor nicht, der in seinem Zögling ein sogenanntes vortreffliches Ingenium gefunden zu haben glaubte u. s. w. Aus dieser Quelle nun flossen so manche Klagen bei der nächsten Nunciatur über angebliche Strenge. In der That, es ist nichts Neues und nichts Fremdes, daß auch die verdientesten Männer der Kirche in Rom unverdienter Weise verläumdet werden können. Widerfuhr ja dieses auch dem großen Karolus Borromäus, Erzbischof von Mailand, dem es so angelegen war, den Klerus seiner Kirche in Sitten, Lebensweise, im Unterricht und in der Liturgie zu reformiren. Wie lange hatte dieser Gott geweihte Mann gegen boshafte Priesteranzeigen in Rom zu kämpfen!

Und waren es nicht Priester, die durch einen aus ihrem eigenen Stande gedungenen Bösewicht den frommen Diener des Herrn, selbst während er vor den Stufen des Altars sein Gebet verrichtete, mit einem Feuerge-
wehr hinterlistig verwundeten, und ihn ermordet haben würden, hätte nicht das Auge des Allmächtigen über das schuldlose Opfer der Rache gewacht. Parallelen dieser Art könnte man noch mehrere aus der Geschichte anführen. Es genüge aber an diesen; und schliesslich läuft es auf eins hinaus, ob man durch tödtliche Waffen oder durch hinterlistige Angebereien gemordet wird! Karl Borromäus durfte sich rechtfertigen. Wir wollen hoffen, dass der Vater der Gläubigen das nämliche Recht — denn Wohlthat ist es nicht, was man fordern kann — dem mißhandelten Generalvikar gestatten, und jene *gravissimas rationes*, die ihm zur Last geschrieben werden, der badischen Kirche und der Welt vorzuenthalten nicht geneigt seyn werde.“

Mainz, 12. Juli. Die hiesige Zeitung enthält nachstehenden an sie eingesandten Artikel unter der Aufschrift: Vom Rhein.
„Die Unzufriedenheit der deutschen Geistlich

keit mit dem Benehmen der römischen Kurie verbreitet sich immer weiter, und ist in einigen Gegenden Süd-Deutschlands bereits so hoch gestiegen, daß die daraus entsprungene Abneigung den römischen Einfluß auf die deutsche Kirche völlig zu vernichten droht, wenn die Kurie nicht mit unbefangener Umsicht und kluger Nachgiebigkeit das gegen sie aufsteigende Ungewitter dadurch zu beschwichtigen sucht, daß sie den in Deutschland nun einmal herrschend gewordenen liberalen Grundsätzen und reineren Ideen über kirchliche Verfassung und Disciplin huldigend entgegenkommt. In einigen Gegenden soll man bereits den Plan gefaßt haben, sich an die griechische Kirche anzuschließen, um die Bischöfe, welche Deutschland braucht, und Rom verweigert, von dem Patriarchen in Petersburg einweihen zu lassen. Man will sich hauptsächlich darauf stützen, das Repräsentativsystem sey in der deutschen Bundesakte als Verfassungsgrundlage für Deutschland erklärt worden, und eben so sey auch die ursprüngliche Kirchenverfassung rein repräsentativ gewesen. Die Geistlichkeit und die Angesehensten im Volke hatten nämlich den Bischof zu wählen; war dieses geschehen, so

lud man den nächsten besten Bischof ein, um dem Neuerwählten einzuweihen, welches ohne Verzug und ohne weitere Anfragen vor sich ging, wenn der Erwählte sein Glaubensbekenntniß abgelegt hatte. Es bedurfte keiner weitem Untersuchung über seine Würdigkeit, indem die freie Wahl und das darin ausgesprochene Zutrauen der Geistlichkeit und des Volkes dafür die volle Gewähr leistete. Als nun aber späterhin mehrere Bischöfe in einer Provinz einen als ihren Erzbischof annahmen, übertrug man diesem die Ehre der Einweihung der neuerwählten Bischöfe, und in den ersten tausend Jahren des Christenthums hat man nicht daran gedacht, erst zu Rom anzufragen, wenn man einen Bischof einweihen wollte; es haben im Gegentheile die Kirchengesetze verordnet, man solle sogleich nach dem Tode des Bischofs einen andern wählen, damit die Gläubigen nicht ohne Seelenhirten seyen. Jetzt will Rom aber die Bischöfe in Deutschland aussterben lassen; wer will es daher der deutschen Geistlichkeit verdenken, wenn sie bei dem Landesherrn um die Erlaubniß nachsucht, einen Bischof wählen und in Rußland weihen zu dürfen?

§. 7.

Um nun diesen Gegenstand nicht mit fader Deklamation, hämischen Seitenblicken und Sarkasmen zu behandeln, sondern um ein gründliches Urtheil hierüber fällen zu können, stelle ich folgende vier Fragen auf: 1) Hat das Domkapitel zu Konstanz die Befugniss, nach dem Tode seines Bischofs einen *Vicarium capitularem* zu wählen? 2) Braucht der Gewählte die päpstliche Bestätigung? 3) Aus welchen Gründen kann der Papst dieselbe verweigern? 4) In wie ferne darf die Staatsgewalt sich in diese Kirchen-Angelegenheit einmischen? und welche Rechte stehen ihr hierbei zu?

§. 8.

Erste Frage: Hat das Domkapitel zu Konstanz die Befugniss, nach dem Tode seines Bischofs einen *Vicarium capitularem* aufzustellen? Ansehnlich waren die Rechte der Domkapitel, die sie in der Kirche und dem Staat

nach ihrem dreifachen Verhältniß a) als Kollegium, b) als innerer Rath des Bischofs und Fürsten, und c) nach dem Tode desselben als administrative Stelle der Kirche und des Landes erhalten haben. In Bezug auf die Kirche sind ihre Rechte vorzüglich in den Dekretalen, *) in Bezug auf den Staat in Gewohnheiten, Verträgen und der Praxis **) gegründet, und so wie in der Kirche, als Bissthumswerweser, so wurden die Kapitel im Staate als Verweser der landesfürstlichen Rechte angesehen. Es ist hier der Platz nicht, sich weitläufiger über die eine oder andere dieser Rechte zu verbreiten. In Bezug auf die vorstehende Frage bemerke ich blos:

*) *Cfr. Lib. III. Tit. IX. ne sede vacante aliquid innovetur. Tit. X. de his, quae fiunt a praelato sine consensu capituli. Tit. XI. de his, quae fiunt a maj. parte capituli.*

**) Etwas über die Wahlkapitulationen in den geistlichen Wahlstaaten. Aus Veranlassung des Entschlusses, eine beständige Wahlkapitulation für das Mainzische Erzstift zu errichten. Von der Feder eines Unpartheiischen (Peter von Frank) Frankfurt am

Mit dem Tode *) des Bischofs, trat auch das Recht der Kapitel ein, die Bisthumsadministration zu übernehmen. Klar ist dieß bestimmt in *cap. 11. 14. X. de maj. et obed. cap. un. eod. Tit. in 6to. cap. 34. de Suppl. negl. prael.* und *Trident. Sess. 24. cap. 16. de reform.* Vergleicht man diese Stellen untereinander, und spürt man ihrem wahren Geiste nach, so ist er kein anderer, als der verwaissten Kirche schleunige Vorsehung zu thun, damit das Seelenheil nicht gefährdet, die unaufschieblichen Geschäfte besorgt, und die erledigte Kirche selbst, die immer, wie die Zeitgeschichte lehrt, in diesem Zustande gewissen Gefahren ausgesetzt ist, vertreten werde. Die Befugnisse der Domkapitel sind also zwar durch Gesetze bestimmt, aber doch nur interimistisch, und proviso-

Main 1788. Posse über die Grundherrschaft und Wahlkapitulationen der deutschen Domkapitel. Hannover 1787.

*) Der analoge Fall war auch *sede impedita* d. i., so oft der Bischof physisch oder moralisch unfähig war, seinem Bisthume vorzustehen.

risch. Die Frage daher, die die Kirchenrechtslehrer so ziemlich lebhaft beschäftigte: ob die Gerichtsbarkeit der Kapiteln *propria* oder *vicaria* seye? ob sie die gewillkührte Gerichtsbarkeit eben so, wie die streitige umfasse? läuft auf einen Wortstreit am Ende hinaus, indem diese Gerichtsbarkeit zwar durch Gesetze den Kapiteln eingeräumt, aber auf einen Rechtsgrund beruht, der blos die interimistische Verwaltung des erledigten bischöflichen Stuhls bezieht, mithin die Grenzen einer *jurisdictionis vicariae* nicht überschreiten kann.*)

§. 9.

Wendet man nun diese Grundsätze auf den vorliegenden Fall an, so ist es in kir-

*) Welche Sophistik doch jedes Zeitalter hat! Während der Irrungen, die sich zwischen dem unerschrockenen Papste Pius VII. und dem gefürchteten Napoleon ergaben, und als ersterer das französische Konkordat von 1801 als gebrochen ansah, daher den vom französischen Kaiser ernannten Bischöfen die kano-

chen rechtlicher Beziehung keinem Zweifel unterworfen, daß das Domkapitel zu Konstanz nach der Vorschrift des Kirchenraths zu Trient. *sess. 24. cap. 16. de reform.*, wo es heißt: *capitulum Sede vacante officialem seu Vicarium infra octo dies post mortem episcopi constituere v. constitutum confirmare*

nischen Bestätigung verweigerte, stellte man den Grundsatz auf: die bischöfliche Gerichtsbarkeit erstirbt nicht; sie bleibt radikal bei dem Klerus der Diöcese. Durch denselben wollte man die anomalen Schritte rechtfertigen, die man in dieser Periode bei den erledigten bischöflichen Kirchen im französischen Reiche machte. Allein prüft man diese kühne Behauptung nach den reinen Grundsätzen des katholischen Kirchenrechts und der Geschichte, so ist sie theils falsch, theils schief aufgefaßt. Falsch: Nur dem Papste und den Bischöfen ist die höhere kirchliche Gerichtsbarkeit anvertraut, den Priestern nur dependent von jenen. Diefß sagt das *Trident. sess. 23. can. VII. de sacramento ordinis* bestimmt. Niemand kann sich daher einen Antheil an der höheren Kirchengewalt beilegen, als welehem sie entweder der göttliche Stif-

teneatur: fortfahren konnte. Eben so wenig unterliegt es auch einem Zweifel, daß dasselbe, wie es der Kirchenrath ausdrücklich bestimmt, entweder einen Andern aus seiner Mitte wählen, oder den bisher bischöflichen Generalvikar bestätigen, und zum *Vicarium capituli* erklären konnte. War anders das

ter, oder jene, die dies Depositum zu verwalten haben, mitgetheilt hat. Wo ist aber auch in der Schrift oder Tradition nur eine Spur zu finden, daß diese Gewalt anderen als dem Papste und Bischöfen ertheilt worden ist? Schief: So weit man in der Geschichte zurückgeht, so weiß man, daß zwar die Presbytern an der Verwaltung der Kirchen Antheil genommen haben, aber immer nur subordinirt dem Bischöfe, so, daß das Maas ihres Antheils von jedem Bischof abhing, und diese nur wie Glieder zum Haupte sich verhielten. Von jeher waren daher die Rechte des Presbyteriums, in Bezug auf das Kirchenregiment bedingt auf die Koncession der Bischöfe, die denselben nur nach den Bedürfnissen, und berechnet auf das Wohl der Kirche einen Antheil einräumten. Ihre Befugniß sollte *in aedificationem*, nie *in destructionem* der Kirche dienen.

Domkapitel verfassungsmässig konstituiert, und herrschte in der Art der Berathung die nothwendige Freiheit, so mag gegen dies ganze Verfahren nichts einzuwenden seyn. Es findet sich auch in dem päpstlichen Breve vom 15. März d. J. keine Spur, dass der Papst weder die Existenz des Domkapitels zu Konstanz bezweifelt, noch über die kollegialischen Formen, welche hier in Anwendung gekommen sind, eine Erinnerung gemacht, oder irgend einen andern Anstand hiebei gefunden hätte, als jenen, der die Person des vorgeschlagenen Vikarii betrifft. *) Es leitet sich demnach die Sache selbst auf die

§. 10.

Zweite Frage ein: Braucht der vom Domkapitel zu Konstanz ernannte

*) In dieser Hinsicht ergab sich bei den successiven Stuhlerledigungen der deutschen Bisthümer, die seit 1803 erfolgten, manche Verlegenheit. Nicht überall getrauten sich die als politisch aufgelöst betrachteten Domkapitel in kirchlicher Beziehung ihre Rechte zu behaupten; in manchen Landen

Vikar die päpstliche Bestätigung? Ohnerachtet das Domkapitel von Konstanz die Ueberzeugung scheint gehabt zu haben, daß dem ernannten Vikar die päpstliche Konfirmation in seinem Wirkungskreise nothwendig seye, indem es ohne Vorbehalt sich dieselbe erbeten hat; ohngeachtet auch der Papst in seiner Antwort auf die Vorstellung des Domkapitels eine solche Sprache führt, als seye die nachgesuchte Bestätigung ganz in der Ordnung, so hat man doch, nachdem dieselbe vom päpstlichen Stuhle verweigert wurde, einem Uebergriff der päpstlichen Gewalt in diesem Akte finden wollen, indem man vorschützte, der Kirchenrath von Trient erfodere die Bestätigung eines *Vicarii capitularis* nicht; es dürfe sich daher auch der

wurden sie zu ihren Funktionen, wenn sie sich auch dafür herstellen wollten, nicht zugelassen. Die bischöflichen Generalvikare mußten daher von dem Erzbischofe, und in exemten Episkopaten, wie diess der Fall in Bamberg war, bei gehemmten Rekurs an den Papst, ihre Vollmachten von dem nächsten Bischofe erhohlen, *Trid. sess. 24. cap. 16. de reform.*

Papst dieselbe nicht beilegen, und die Anzeige des Domkapitels von der Ernennung derselben seye blos ein Akt der Höflich-, nicht Nothwendigkeit.

§. 11.

Allein die Gründe, die für die Nothwendigkeit der päpstlichen Konfirmation eines solchen Vikars bei der dermaligen Lage des Konstanzer Episkopats streiten, sind überwiegend. a) Zwar ist es richtig, daß der tridentinische Kirchenrath *a. a. o.* von der Nothwendigkeit einer Bestätigung eines von dem Kapitel aufgestellten Vikars nicht redet; allein es ist eben so richtig, daß derselbe nur von den ordentlichen und gewöhnlichen Fall bestimmt, in welchem der Episkopat in drei Monaten wieder besetzt werden kann; den außerordentlichen und ganz ungewöhnlichen, der dermalen eintritt, konnte es nicht im Auge haben, dieser würde ganz andere Maßregel erfordert haben. b) Nach drei Monaten trat nach gemeinem Rechte das Devolutionsrecht ein, welches sogar in den Konkordaten der deutschen Nation §. 3. dem Papste eingeräumt worden

ist. Es wäre daher bei den Episkopaten in Deutschland, wo das freie Wahlrecht statt hatte, nicht leicht möglich gewesen, die päpstliche Bestätigung für einen *Vicarius capitularis* einzuholen, indem bis diese eingelangt wäre, auch die Devolutionszeit eingetreten, mithin die Aufstellung eines Vikars entweder überflüssig, oder die verwaiste Kirche in der Zwischenzeit ohne Verweser gewesen wäre.

c) In der dermaligen Lage, in welcher sich die katholischen Kirchen Deutschlands im allgemeinen, und auch insbesondere die Kirche zu Konstanz befindet, kann es gar nicht anders seyn, als daß der von dem Domkapitel aufgestellte Vikar die päpstliche Bestätigung nothwendig habe. Der bischöfliche Stuhl kann in der legalen Zeit nicht wieder besetzt werden; der Kirche zu Konstanz fehlt es zur Zeit an der nothwendigen Dotation, an der neuen Organisation, und an manchen andern integrierenden Anstalten; die Gerichtsbarkeit der Kapitel ist bekanntlich nur provisorisch; und wenn gleich ihr Wirkungskreis selbst durch Gesetze bestimmt ist, in Rückblick auf die Art und Weise, wie die Episkopate gewöhnlich durch die Bischöfe verwaltet wurden, nur Ausnahme von der Regel; wie

könnte sich daher ein Domkapitel ermächtigt halten, den Episkopat auf längere Zeit, vielleicht auf mehrere Jahre, ohne Genehmigung des Oberhauptes der Kirche zu verwalten. d) Setze man den Fall, der bischöfliche Stuhl seye nach der kanonischen Sprache *Sedes impedita* d. i., der Bischof könne wegen eines physischen oder moralischen Mangels dem Episkopate nicht auf längere Zeit vorstehen; würde dann das Domkapitel nicht verbunden seyn, die Anzeige hiervon an den päpstlichen Stuhl zu machen, und sich weitere Verwaltungsbefehle zu erhohlen; eben dieß ist auch nach der Analogie im gegenwärtigen nothwendig. Vielmehr e) darf man es noch als eine besondere Rücksicht ansehen, wenn der Papst unter den gegenwärtigen Umständen den Domkapiteln erlaubt, Vikare zu ernennen, und wenn er den Ernannten über drei Monate die Gerichtsbarkeit verleihen will; denn entweder nimmt man an, daß die Domkapitel in Deutschland noch existiren; dann würde nach dem Ablauf von 3 Monaten, wenn das Domkapitel keinen Bischof gewählt hätte, das Devolutionsrecht eintreten, und der Papst könnte wenigstens unmittelbar einen *Vicarium apostolicum* aufstel-

len; oder nimmt man an, daß die Domkapitel nicht mehr existiren, wie dieß faktisch einige Regierungen angenommen haben, dann ressortirt das ganze Geschäft wieder unmittelbar an den päpstlichen Stuhl. Es ist daher gewiß eine rücksichtsvolle Behandlung, wenn der Papst den Vorschlag des Domkapitels zu Konstanz wegen eines Vikars so weit anerkennt, und nicht gar sein Devolutionsrecht geltend macht, wozu er aus guten Gründen berechtigt wäre. Endlich f) sind bekanntlich die Vollmachten der Domkapitel bei Stuhlerledigungen sehr beschränkt, wie dieß der ganze Titel der Dekretalen: *ne Sede vacante aliquid innovetur* sagt. Die ihnen von den Gesetzen angewiesene Sphäre wird zu beengt seyn, als daß durch sie auf eine längere Zeit, als drei Monate, für das Wohl der Diöcese, und ihre Bedürfnisse gesorgt wäre. Die Domkapitel sind demnach für einen Fall, wie der gegenwärtige ist, gleichsam durch ihre Pflichten selbst gedrungen, ihren Wirkungskreis zu erweitern; dieß kann aber auf eine rechtliche Art nicht anders geschehen, als dadurch, daß sie für den Kapitelsvikar die päpstliche Bestätigung und die Erweiterung seiner Fakultäten nachsuchen. Man

mag also die Sache, von welcher Seite man immer will, betrachten, so konnte das Domkapitel von Konstanz nicht anders handeln, als es wirklich gehandelt hat. Es war kein Akt der Höflichkeit, sondern der Pflicht, da es nach dem Tode seines letzten Bischofs den bischöflichen Stuhl nicht besetzen konnte, für den erwählten Vikar die päpstliche Bestätigung nachzusuchen.

§. 12.

Dritte Frage: Kann der Papst einem solchen Vikar die päpstliche Bestätigung, und aus welchen Gründen versagen? *) Bei Lösung dieser Frage muß man auf die Grundsätze zurückgehen, die bei

*) Bei Ausführung dieser Frage halte ich mich bloß an die Principien. Es ist zwar unvermeidlich auch Thatsachen aufzuführen; allein auch bei diesen umgehe ich alles Persönliche; und so wie ich keine Person nennen werde, so wünsche ich auch, daß jeder Leser sein Herz vor aller Befangenheit, wie es das meinige ist, verwahren wolle.

der Konfirmation der Bischöfe eintreten, und diese nach der Analogie auch hier anwenden. Nun hat man zwar von Seite der römischen Kurie je zuweilen der Stelle der alten Konkordaten §. 3. wo es heisst: *Si electiones canonicae fuerint, papa eas confirmet, nisi ex rationabili ac evidenti causa, ac de dictorum fratrum-cardinalium-consilio de digniori et utiliori persona ecclesiae duxerit providendum*, die Auslegung geben wollen, als seye die Konfirmation ein reiner *actus gratiae*, und als hänge hiebei alles von dem Willen des Papstes ab, ob er nämlich einem in Deutschland von den Kapiteln gewählten Bischof confirmiren wolle, oder nicht? Allein gegen diese Interpretation und ihre versuchte Anwendung haben sich die Deutschen immer mit dem grössten Nachdruck erklärt, und haben dadurch auch erwirkt, daß selbst der Papst Kalixt III. wie Aeneas Sylvius *in epis.* 371. in seinem bekannten Schreiben an den Mainzischen Kanzler Mayer sagt, dadurch bewogen wurde, die Erklärung von sich zu stellen, daß er keinen der Wahlfreiheit der deutschen Kirchen nachtheiligen Gebrauch von dieser Klausel machen, überhaupt keine Konfirmation, *nisi ex magna*

et urgentissima causa, verweigern wolle. Es ist daher ein durch Verträge und die Praxis anerkannter Grundsatz: daß der Papst keinem, der durch die Wahl zu einer kirchlichen Stelle befördert worden ist, und der in dieser Eigenschaft konkordatenmäßig der päpstlichen Bestätigung bedarf, diese verweigern dürfe, wenn er nicht hiezu die wichtigsten Ursachen hat.

§. 13.

Was von den Bischofswahlen gilt, ist nach der Analogie auch auf die Bisthumsverweser, die jene auf eine Zeit ersetzen, anzuwenden. So wie daher der Papst dem ihm zur Konfirmation vorgeschlagenen Bischof, wenn kein wichtiger Anstand obwaltet, die Bestätigung nicht verweigern darf, so darf er es auch dem Kapitelsvikar nicht. Aber dessen ohngeachtet ist, und sollte es doch kein nominal, sondern ein reelles Recht seyn. Es versteht sich daher von selbst, daß der Papst dasselbe zwar nicht in *destructionem*, sondern nur in *aedificationem* der Kirche auszuüben befugt sey. Da dieß Recht von den Metropolitcn auf die Päpste übergegangen ist,

so ergibt sich in der alten Praxis schon der Maassstab, nach welchem sich die neuere zu richten hat. Wie der Metropolit dem ihm präsentirten Bischof aus wichtigen Gründen die Konfirmation versagen konnte, so kann es auch der Papst.

§. 14.

Allein eine delikaterere Frage ist es: Welches sind jene Gründe, aus welchen der Papst die kanonische Bestätigung einem Individuum versagen kann, oder gar muß? *) Die Kirche hat von jeher Sorge getragen, nur Würdige zu ihrem Priester- und Lehrstande zuzulassen. Die Schilderungen, die schon Paulus von den Dienern der Kirche machte, und das Bild,

*) Die warmen Freunde des Freiherrn von Wessenberg werden Ihm mit dieser Einwendung, als bedürfe seine Ernennung keine Bestätigung, keinen grossen Gefallen gethan haben, da er sich selbst von dem Gegentheil überzeugt haben mag, indem er höchst wahrscheinlich diese Anzeige, und gefoderte Bestätigung von dem päpstlichen Stuhle selbst veranlafste.

welches er, wie sie beschaffen seyn sollten, zeichnete, gab die Veranlassung zu einer Menge von Bestimmungen und Vorschriften, die in dem gemeinen Kirchenrechte unter verschiedenen Titeln aufgetragen, und unter dem Namen Irregularitäten bekannt sind. Man könnte daher als Regel über die angezeigte Frage feststellen: Alle Irregularitäten, sie mögen ihren Grund in einem physischen Defekt oder moralischen Fehler haben, schliessen von dem Kirchendienste aus, und berechtigen daher auch den Obern, einer solchen Person die kanonische Bestätigung zu verweigern. Es genüge an dieser Regel, da hier der Platz nicht ist, sie weitläufiger auszuführen. Ich beschränke mich bloß näher auf den vorliegenden Gegenstand, und entwickle bloß jene Ursachen, die die Exclusive für einen Bischof oder den Verweser eines Bisthums begründen können. Es sind derer drei. Erstens: Wenn ein zum Bisthume oder dessen Verwesung vorgeschlagenes Individuum in Glaubens- und Sittensachen einer gegründeten Rüge unterliegen sollte. Zwei-

tens: Wenn es Grundsätze, oder Maximen sich eigen gemacht haben sollte, die der wesentlichen oder auch dermalen bestehenden hierarchischen Kirchen-Verfassung entgegen wären. Drittens: wenn es eine gefährliche Neuerungssucht in Rücksicht auf allgemeine Kirchendisziplin an Tag legte.

§. 9.

Erstens: Wenn ein zum Bisthum oder dessen Verwesung vorgeschla-
nes Individuum in Glaubens- und
Sittensachen einer gegründeten Rüge
unterliegen sollte. Es ist eine nur zu
bekannte Sache, daß der Socinianismus, ei-
gentlicher aber zu reden, der Deismus von
der Mitte des vorigen Jahrhunderts an, in
der protestantischen Kirche reissende Fort-
schritte gemacht, und von Bahrdr *) und

*) Wer eine historische Uebersicht über den
Gang des Deismus, der in der protestanti-
schen Kirche so herrschend geworden ist, ge-
winnen will, vergleiche die Religionsbe-
gebenheiten von Giefen von dem

Basedow an bis auf Kant herab, sich unermüdet bestrebt hat die christliche Religion von allem Positiven zu entkleiden, und nichts als eine natürliche Religion in alle Staaten einzuführen und als geltend und gültig darzustellen. Einige Dezennien blieb die katholische Kirche von diesem pestartigen Uebel befreit, und die Wächter des katholischen Sions wußten den unreinen Geist von der heiligen Stadt hinweg zu bannen, oder ihm doch in das Zweideutige der Denkungsart, und das Undurchdringliche der Herzen zurückzuscheuchen. Allein seit zwei Dezennien ist es keinem Beobachter mehr ein Räthsel, daß es auch in der katholischen Kirche eine nicht unbedeutende Deistische Parthei gibt, die mit trügerischen Worten im Munde die Maxime des nordischen Patriarchen Kants befolget, und das Christenthum von allem Positiven zu reinigen sich bemüht. Es würde zu

J. 1778 bis auf 1790, die allgemeine deutsche Bibliothek von Berlin, und die Jenaer Litteraturzeitung, in welchen Zeitschriften die Fortschritte des Deismus in der protest. Kirche bemerkt sind.

weitläufig seyn, die Existenz, Ausdehnung, Ramifikation, Maximen und die übrige Tendenz derselben weitläufig darzustellen. Um Jeden zu überzeugen, daß sie kein Phantom ist, wie sie wohl selbst will glauben machen, bemerke ich nur kurz folgendes: Diese Parthei verrieth ihre Existenz und eröffnete ihre ersten Angriffe auf den Katholicismus in zwei Büchern. 1) Kritische Geschichte der kirchlichen Unfehlbarkeit zur Beförderung einer freieren Prüfung des Katholicismus. Frankfurt am Main 1791; dann 2) Thomas Freykirch, oder freimüthige Untersuchungen über die Unfehlbarkeit der katholischen Kirche von einem katholischen Gottesgelehrten; Frankfurt und Leipzig. 1792 *) Beide Schriften sollen zwar ostensibel, nur die Tendenz haben, die Fundamentallehre der katholischen Kirche von der Unfehlbarkeit der Kirche in Zweifel zu ziehen. Allein die An-

*) Vom ersteren Buche wird Blau; von zweiten Werkmeister als die Verfasser angegeben.

griffe geschehen mit einer solchen Arglist, daß dadurch das Fundament selbst ausgerissen werden soll, und mit Verwerfung dieser Lehre ist das positive Christenthum überhaupt, und das einzig wahre katholische aufgehoben. Als die Protestanten anfiengen, die Verbindlichkeit ihrer symbolischen Bücher zu bezweifeln, so war unter ihnen der Deismus dekretirt, keine positive christliche Religionslehre konnte sich mehr halten, den Dictaten der ungebundenen und stolzen Vernunft mußte nun alles weichen. Die katholische Kirche hatte zwar ein solideres Fundament. Die Urkunden der Offenbarung, die sich nicht selbst bei der Zweifel- und Streitsucht der Menschen und den Anmaßungen der Vernunft interpretiren können, haben einen Interpreten an der lebendigen Kirche in ihrem Episkopate und eingesetzten Lehrstand. Nimmt man, wie in diesen Schriften geschieht, diesen hinweg; werden die Aussprüche der Kirche bloß wie menschliche betrachtet; so sind die Grundzüge des Katholicismus verwischt, das göttliche Ansehen der Kirche vernichtet; der Rationalismus behauptet den Sieg über Offenbarung und Kirche.

§. 16.

Dieser Angriff auf das ganze katholische Kirchensystem war nicht vorübergehend, und es zeigten sich sogleich unzweideutige Spuren seines Fortbestehens, und seiner Fortpflanzung darin, daß man sogleich eine eigene Zeitschrift anlegte, die diese Grundsätze immer weiter, und nachdrucksamer verbreiten sollte. Sobald als sich am Schlusse des vorigen Jahrhunderts die Kriegsflamme nur einigermaßen gelegt hatte, erschien sogleich zu Hadamar in der Buchhandlung der Gelehrten eine Zeitschrift, welche, da es mit derselben dort nicht fortgehen wollte, und das Kind bei seiner Geburt schon in die Züge verfiel, nach Ulm verlegt, und unter dem Titel: Jahresschrift für Theologie und Kirchenrecht der Katholiken, seit beinahe anderthalb Dezennien bis auf gegenwärtige Zeit fortgesetzt wurde. Es würde zu weitläufig seyn, alle die Aufsätze, die in derselben enthalten sind, anzuführen, die der positiven Christus-Religion nachtheilich sind, und dem Deismus das grofse Wort sprechen. Statt aller gelte nur jener, der im vierten Bande von J. 1800 St. 1. vorkömmt, und überschrieben

ist: Kurze Darstellung der Veränderungen in der religiösen Denkart unter Protestanten und Katholiken seit ungefähr 30 Jahren, in welchem der V. die Existenz seiner Parthei, die Verbreitung seiner Grundsätze mit innigster Herzensfreude darlegt und die Lorbeeren anrühmt, die ihm sein Bestreben bereits erworben habe. Sogar in das Archiv für Pastorkonferenzen in den Landkapiteln des Bisthums Konstanz, Jahrg. 1810. 8. Heft, hat wahrscheinlich ein Mitglied der Parthei diese Grundsätze hinein zu bringen gewußt, durch die Rezension der Schrift: Coopers Briefe über den neuesten Zustand von Irland, nebst einer apologetischen Schilderung des Katholicismus in England. Aus dem Englischen herausgegeben von H. E. G. Paulus, Professor in Jena, 1801. In derselben wird nicht nur der Christianismus, sondern der Katholicismus auf reinen Rationalismus zurückgeführt, und daß er sich nur auf diese Art behaupten könne, dargethan. Die oben angezogene Jahrsschrift ist übrigens bloß die Trompete, die diese antichristliche Gesinnungen ankündigt, die Lockspeise, die gereicht wird.

Es ist aber nur zu sehr bekannt, daß dieser Deismus in gewissen Schulen der Philosophen fast allgemein und zur Mode, oder zur Firma der Aufklärung geworden ist; daß er in die Schulen der Theologen verpflanzt, und in denselben keine exotische Pflanze mehr ist. Er spukt auch in den verschiedenartigsten Schriften, und hat sich sogar in die Gesang- und Gebetbücher eingeschlichen. Man könnte mehrere sich katholisch nennende Schriftsteller aufführen, die diesen Grundsätzen huldigen. Kurz: es kann nicht geleugnet werden, daß in Deutschland auch in der katholischen Kirche eine Parthei existire, die mit Verwerfung des Hauptgrundsatzes der katholischen Kirche das Panier des Deismus aufzupflanzen sucht.

§. 17.

Wäre nun der Fall vorhanden, daß dem Papste irgend ein Individuum, welches wegen seiner Religionsgesinnungen einer gegründeten Rüge unterliegen sollte, zur kanonischen Bestätigung in Vorschlag gebracht würde; wer würde dem Oberhaupte der Kirche das Recht widersprechen, in eine genauere

Untersuchung einzugehen, und nach Befund der Umstände diese Konfirmation auch zu verweigern. Dieß Recht fließt nicht nur aus a) dem allgemeinen kirchlichen Gesellschaftsrechte, *) vermöge welches jeder Kirchengewalt, oder eigentlicher zu reden, ihren Repräsentanten das Recht zusteht, Kirchendiener zu bestellen, und darauf zu wachen, daß sie die Zwecke der Kirche befördern, dann auch zu hindern, daß durch sie diese Zwecke nicht zerstört werden, mithin jene geeigneten Mittel zu ergreifen, wodurch jedem Schaden vorgebeugt werde; sondern es ist auch b) den Principien des katholischen Kirchenrechts ganz gemäß. Die Hierarchie nach göttlicher Einsetzung bringt es ihrem Geiste nach mit sich, daß das Oberhaupt für die ganze Kirche, die Bischöfe für die ihnen anvertrauten Diöcesen, beide wieder zusammenwirkend, für die ganze Kirche sorgen müssen. Es ist also vorzügliche Pflicht des Oberhauptes, ein wachsames Aug darauf zu haben, daß die Mitgehülfen

*) Allgemeines Religions-, Kirchen- Kirchenstaatsrecht. 1809. §. 40. — 41.

in dem Weinberge des Herrn würdige Männer seyen, daß keine solche sich eindringen, die äußerlich in Schafskleidern einhergehen, innerlich aber reissende Wölfe sind. Wer möchte daher jede angewendete Sorgfalt, ein künftiges Uebel noch vor dem Ausbruche zu beseitigen, nicht als gerecht, als nothwendig ansehen. Wenn der Staat, wie billig, die zweckmäßigsten Mittel anwendet, sich nicht nur von dem Civismus, sondern auch von dem Patriotismus seiner Staatsdiener zu überzeugen, und wenn er diejenigen, die er für verdächtig hält, von dem Staatsdienste zurückweist; wer wird es bei der Wichtigkeit eines kirchlichen Amtes den Vorstehern der Kirche verargen, wenn sie hierin bei Anstellung der Kirchendiener vorsichtig sind. Zwar stehen dem Oberhaupte der Kirche Mittel zu Gebote, das auch angestellte schädliche Mitglied, unschädlich in der Kirche zu machen. Die Anwendung kanonischer Strafen ist geeignet, den der Kirche durch ein solches Mitglied zugefügten Schaden zu heilen, und zu ersetzen. Allein, nebst dem, daß es Pflicht ist, die Kirche von jedem Unheile im voraus zu bewahren, tritt auch hier die Wahrheit des Satzes ein: *melius est intacta causa rem*

servare, quam vulnerata remedium quaerere.
Es ist schwer, und mit weit größeren Schwierigkeiten verbunden, die in dem Heiligthume selbst gegebenen Aergernisse auszureuten. Das Oberhaupt der Kirche wird daher ganz billig jedem Individuum, das in Glaubenssachen mittel- oder unmittelbar einer gegründeten Rüge unterliegt, die kanonische Bestätigung, die es nothwendig hat, versagen.

§. 18.

Der gleiche Fall träte ein, wenn die öffentlichen Sitten eines solchen Individuums einer gegründeten Rüge unterlägen. Die Kirchengesetze legen, so wie auf reine Gesinnungen in Rücksicht des Glaubens, so einen gleichen Werth auf einen tadellosen und unbefleckten Charakter, *verba movent, exempla trahunt*. Derjenige, der diesen nicht besitzt, ist nicht würdig, ein Vorstand in der Gesellschaft der Heiligen zu seyn, die die Kirche Christi bilden soll. Er macht sich demnach gleichfalls der Bestätigung unwürdig. *)

*) Da die Urtheile der Welt über den Punkt der Sittlichkeit keine so verschiedene Deu-

§. 19.

Zweitens: Wenn ein Individuum Grundsätze hegen sollte, die der bestehenden hierarchischen Verfassung in der Kirche entgegen sind. Ein Punkt, der große Rücksicht verdient. Die hierarchische Verfassung der Kirche ist entweder die wesentliche, die die christliche Kirche von ihrem göttlichen Stifter selbst empfangen hat, oder die nicht wesentliche, die sie sich selbst, vermöge des Rechts ihren Organismus bestimmen zu können, gegeben hat. Von ersterer ist hier die Rede nicht: wer diese verletzt, verfehlt sich gegen den Glauben, und wäre daher nach den bereits vorgetragenen Grundsätzen zu behandeln. Von letzterer ist daher nur gegenwärtig die Sprache. Zwar sollte man glauben, die nicht wesentliche Verfassung der Kirche, wenn ein

tung, wie die über den Punkt des Glaubens annehmen, so werden sich hierüber die Anstände vermindern.

oder das andere Individuum sich auch als Gegner derselben darstellen sollte, reiche nicht hin, demselben eine Exclusive zu geben, eben deswegen, weil es nur Gegner der nicht wesentlichen Kirchenverfassung ist, weil diese der Veränderung ohnehin unterworfen, und der succesiven Verbesserung susceptibel ist, und weil es Sünde gegen die höhere Vorsehung zu seyn scheint, wegen projektirten, und thätig etwa intendirten Veränderungen ein sonst in Glauben und Sitten untadelhaftes Mitglied von der Zinne des heiligen Tempels, von welcher herab es wirken will, zu entfernen. Allein folgende Momente werden geeignet seyn, die erst bemerkte Regel zu rechtfertigen. a) Die Kirchenverfassung auf eine dauerhafte, dem Wohle der Kirche nach allen Zweigen entsprechende Art anzuordnen, ist eine Arbeit, die unendliche Erfahrungen, Vereinigung der complicirtesten Interessen, und die bewährteste Praxis fodert. Die Kirche seit ihrer neunzehnhundertjährigen Existenz hat nur zwei Veränderungen in ihrer nicht wesentlichen Form erfahren, nämlich: 1) jene vor dem 9ten Jahrh. und 2) von diesem an bis auf die gegenwärtigen Zeiten

ten.*) Jede dieser Veränderungen war mit Zuckungen, Verwüstungen und so manchen traurigen Revolutionen begleitet, so daß der Zustand der Kirche oftmals chaotisch war. Es ist also keine kleine Arbeit, diesen Zustand der Kirche, oder den Organismus derselben auf eine dauerhafte Art herzustellen. Es kann daher gar nicht anders seyn, als daß jede folgenreiche Veränderung, die angebracht werden will, bedenklich erscheinen muß, daß sie daher die Aufmerksamkeit der Statoren der bestehenden Verfassung erwecken, mithin auch auf die Personen, die sie herbeiführen wollen, zurückwirken muß. Wie konnte ein Johann der Faste, ein Photius, ein Michael Cärular, sich den Beifall des Oberhaupts der Kirche versprechen, und wie konnten diese Männer

*) Die Geschichte des alten Kirchenrechts, welche bis ins 9te Jahrhundert, nämlich bis auf die Erscheinung der Dekretalen Isidors, die neuere, die bis auf die Reformation, und von diesem Zeitpunkte, die bis auf gegenwärtige Zeiten reicht, dokumentirt dieß. Durch die Reformation erlitt die katholische Kirche in ihrem Innern keine bedeutende Veränderung.

die kanonische Institution, wenn sie nicht etwa dieselbe, wie Photius, durch Verstellung erschlichen, erwarten? Welche Erschütterungen hat nicht das große Schisma in der occidentalischen Kirche verursacht, und die Wunden sind seit vier Jahrhunderten noch nicht vernarbt, die dasselbe der Kirchenverfassung geschlagen hat, vielmehr sind sie von Zeit zu Zeit wieder aufgerissen worden, und haben nie ganz geheilt werden können. Zwar 2) möchte man einwenden, wie dies auch die Reformatoren thun. „Der nicht wesentliche Zustand der Kirche ist einer successiven Verbesserung fähig, und nach gewissen Perioden bedürftig. Sonst, und in ihrem Ursprunge gute Anstalten arten aus, werden durch verschiedene Influenz nachtheilig, es thut daher Noth, diese, einer fortschreitenden Reformation zu unterwerfen, um so mehr, als die Folgen unübersehbar nachtheilig sind, wenn eine Abänderung und radikale Kur nicht erfolgen sollte, wie das auffallendste Beispiel die Geschichte der Kirchenreformation giebt.“ Allein so täuschend dieses Argument ist, so grundlos ist es. Es ist zwar wahr, die Kirche Christi bedarf von Zeit zu Zeit in ihren nicht wesentlichen An-

stalten einer Abänderung; die Kirchengeschichte zeigt auch von Periode zu Periode, daß die Kirchenvorsteher dieß Bedürfnis selbst gefühlt und anerkannt haben. Man müßte die ganze Geschichte der Kirchendisziplin abhandeln, wenn man alle diese Veränderungen darstellen wollte, die erfolgt sind. Allein jede Veränderung muß auf den verfassungsmäßigen Wegen, und nach jenen Formen erfolgen, die die Kirche als die gültigen anerkennt. Wenn gewisse Individuen, fremd mit dem ächten Reformatiionsgeist, der sich in nüchternen Grundsätzen und in dem Geiste der Demuth ausspricht, fröhnend bloß gewissen vorgefaßten Meinungen, erhitzt durch wilde Leidenschaften, und von einer exaltirten Phantasie wie von einer Furie gepeitscht, sich zu Reformatoren der kirchlichen Verfassung aufwerfen; was kann in einem solchen Zustande besonnenes, durchdachtes, und gedeihliches erwartet werden? Nimmt man die Fackel der Geschichte zur Hand, und durchgeht alle die projektirten, und zum Theil auch ausgeführten Reformationen, so ergeben sie ein so geringes Resultat, daß dem nüchternen Beobachter hierüber ehender eine Thräne entlockt wird, als daß er sich derselben erfreuen

könnte. Die Herrschsucht der konstantinopolitanischen Patriarchen, und ihr unbeugsamer Uebermuth, hat die Trennung zwischen der griechischen und lateinischen Kirche herbeigeführt, und unterhält sie noch. Der beharrliche Steifsinn einiger Päpste während des grossen Schisma hat selbst dem päpstlichen Stuhle eine Gegenparthei erweckt, mit welcher er noch zu kämpfen hat. Die sogenannte Reformation durch Luther, Zwingli und Calvin hat einen Theil der einigen und apostolischen Kirche getrennt; und noch hat der getrennte Theil nicht in ihren Schoos zurückgeführt werden können. Die so sehr von einem Theile gerühmten Freiheiten der gallikanischen Kirche haben schon einigemal die katholische Kirche in die gefährlichste Lage gebracht, und es hat nicht viel gefehlt, so wäre das hierarchische Band erst vor wenigen Jahren wieder zerrissen worden. Es ist also immer eine bedenkliche Sache, wenn Grundsätze aufgestellt und behauptet werden, die der bestehenden, und anerkannten kirchlichen Verfassung entgegen sind; und Niemanden kann es weniger, als dem Oberhaupte der Kirche verargt werden, wenn er Personen, die zu Stellen befördert werden sollen,

die vom bedeutenden Einfluß auf die bestehende kirchliche Verfassung seyn können, und welchen er in diesem Bezug kein Vertrauen aus gegründeten Ursachen schenken kann, die kanonische Bestätigung, die sie nothwendig haben, verweigert. Wer wird es auch in einem solchen Fall dem Oberhaupte der Kirche, wie in dem erstern Falle verdenken können, schon die entfernte Gefahr zu beseitigen?

§. 20.

In Bezug auf Deutschland möchte der Papst um so gegründete Ursache haben, in dem angegebenen Fall bedachtsam zu verfahren, als es hier faktisch und diplomatisch hergestellt ist, welche gefährliche Machinationen sich eine gewisse Parthei in Deutschland erlaubt. Seit 1763 hat hier ein Buch unter dem Titel: *Justini Febronii Icti de Statu ecclesiae, et legitima romani pontificis potestate. Liber singularis, ad reuniendos dissidentes in religione christianos. Francofurti ad Mönium*, der bestehenden kirchlichen Verfassung einen Krieg angekündigt, der zwar einige Zeit durch die Orkane, die sich gegen die po-

litischen bestehenden Verfassungen in Deutschland erhoben haben, unterbrochen schien, dormalen aber wieder erweckt, wird, und durch neue Symptome seine Existenz, und das Wiederauflachen seines Geistes verräth. Es ist einigermaßen unbegreiflich, und nur aus dem Charakter der Nation, unter welcher dieß Buch erschienen ist — dessen vorzügliches Ingrediens Nachahmungssucht ist, — erklärbar, wie Febrons alte, nur aufgewärmte Grundsätze unter den Deutschen einen solchen tiefen Eindruck machen konnten. Nur aus den Zeichen der Zeit läßt sich dieß erklären. Das Zeitalter ging schwanger mit einer Revolution im Kirchlichen, wie im Politischen. Die Köpfe waren exaltirt, und die Bergparthei erhob sich immer mehr, daher wurden Febrons Grundsätze mit Jubel aufgenommen, mit Hitze debattirt, und es gehörte zum gelehrten Modeton, sie zu vertheidigen und zu behaupten. Nicht bloß auf den Kathedern, besonders nach Aufhebung des Jesuiterordens, und Entfernung der Mitgliedern dieses Ordens von den öffentlichen Lehranstalten, sondern durchgehends selbst in den Kabinetten der Fürsten, und Kurien der Bischöfe, wurden sie mit groſsen Beifall aufgenommen, mit Wärme verbreitet,

und mit Kraft durchgesetzt. Der Same, der durch sie ausgestreut wurde, zeigte sich schon 1769 auf dem Kongresse der deutschen Erzbischöfe zu Koblenz, wo man schon eine ganz febronianische Sprache führte. Sie brachen aber in ihrer ganzen Stärke auf den Kongress zu Ems aus, und das Resultat, welches die Puktation der vier Erzbischöfe von Deutschland enthält, geht nicht nur weiter als selbst Febron ging, sondern war für die bestehende Kirchenverfassung ganz revolutionär, und würde zu weit aussehenden Aenderungen in derselben geführt haben, wenn nicht einige Bischöfe Deutschlands der guten Sache getreu geblieben wären. Die französische Revolution mit ihren tragischen Scenen, dann der Krieg in Deutschland gab ein Intermezzo, wodurch die öffentliche Aufmerksamkeit auf andere Gegenstände gelenkt wurde. Während der Epoche des Kriegs, und der dazu gekommenen Säkularisation des ganzen katholischen Kirchenguts hielt sich diese Parthei, die sich sonst so sehr mit einem deutschen Charakter und Patriotismus brüstete, so ruhig, als wenn nichts um sie herum vorgefallen wäre; als nun aber der Feind besiegt, das Vaterland befreit, die Ruhe hergestellt war,

und man endlich an Reorganisation der in Schmach versunkenen, und ganz vergessenen katholischen Kirche dachte, so trat sie unvermuthet hinter den Koulissen hervor, und liefs alle ihre verrosteten Maschienen spielen, um zu ihrem Zwecke zu gelangen. Nicht nur auf dem Kongresse zu Wien stellte sich der hochseelig verlebte Fürstprimas durch seinen Repräsentanten für die deutsch-katholische Kirche als Vertreter dar, welches ganz wohl geschehen konnte, und keinem`gegründeten Tadel unterlegen wäre, sondern ersetzte sich sogleich auf gut febronianisch in Kollision mit dem päpstlichen Stuhle und arbeitete auf Nichts geringeres hin, als der katholischen Kirche eine Verfassung zu geben, die sie von der allgemeinen Kirche zwar nicht mit Worten, aber doch in der That würde getrennt haben. *) Gleiche Anträge und Be-

*) Uebersicht der diplomatischen Verhandlungen des Wiener Kongresses überhaupt, und insonderheit über wichtige Angelegenheiten des deutschen Bundes. Von Johann Ludwig Klüber, großherzoglich - badischem Staats- und Kabinettsrathe. 3. Abth. Frankfurt am Main 1816.

wegungen machte eben sein Bevollmächtigter auf dem Kongresse zu Frankfurt. Es ist zwar ein großer Theil der geheimen Triebfedern, die man in Bewegung setzte, um diese der bestehenden kirchlichen Verfassung nachtheiliche Machinationen durchzusetzen, unter dem Schleier der Kabinette verborgen geblieben, aber die Parthei hat sich offener in ihren Schriften **) ausgedrückt, und ihre ganze schismatische Tendenz ohne Zweideutigkeit an Tag gelegt. Es kann daher als aktenmäßig erwiesen angesehen werden, daß eine der bestehenden kirchlichen Verfassung gefährliche Parthei in Deutschland existirt, daß diese es an reellen Versuchen nicht fehlen

**) Kirchenrechtliche Untersuchung über die Grundlage zu den künftigen katholischen Kircheneinrichtungen in Deutschland von einem katholischen Kirchenrechtsgelehrten. Frankfurt am Main 1816. Die deutsche Kirche. Ein Vorschlag zu ihrer Begründung und Einrichtung. 1815. Palingenesia oder der katholischen Kirche Germaniens Wiedergeburt nach ihres Stifters Jesus Geiste, ohne Beeinträchtigung der Rechte des Staats und der Kirche. Frankfurt am Main 1816.

läßt, die kirchliche Verfassung besonders im Verhältnisse zum päpstlichen Stuhle abzuändern, und dagegen eine andere zu substituiren. Wer kann es daher ungerecht oder unbillig finden, wenn der Papst ein Augenmerk auf Personen, die ihm zu kanonischer Bestätigung vorgeschlagen werden, richtet, und jenen, die ihm wegen ihren Gesinnungen, oder gar wegen thätigen Versuchen, verdächtig sind, diese verweigert.

§. 21.

Drittens: Wenn ein Individuum einer gefährlichen Neuerungssucht in Rücksicht auf die allgemeine Kirchendisziplin sehr verdächtig oder überführt seyn sollte.

Die Kirchendisziplin ist zwar überhaupt ein Gegenstand, der gerade nicht uniform in der Kirche seyn muß. Die Kirche selbst hat von jeher diesen Grundsatz anerkannt, und hat in allen Perioden, die sie durchwandert hat, Veränderungen statt finden lassen, wie man, statt aller andern Beispiele, an der Pönitenzpraxis wahrnehmen kann. Allein ohnerachtet der vielfachen Veränderungen hat man

doch den Gesichtspunkt nie aus den 'Augen verlohren, daß man in wichtigen Gegenständen immer wieder Uniformität zu erzielen, und darauf hinzuarbeiten sich bestrebe. Die Kirche hat auch hiezu einen sehr wichtigen Grund; denn nicht nur hangen auch Disciplinaranstalten mit den Glaubenssätzen oft und innig zusammen, und, indem letztere durch erstere vielfältig schematisirt werden, stehen sie nicht nur in Rückwirkung auf diese, sondern, da Einheit Grundcharakter der katholischen Kirche ist, so ist es der Sache angemessen, so viel möglich und nützlich Uniformität zu erhalten. Darinn unterscheidet sich auch die katholische Kirche merklich von der protestantischen und reformirten, daß ihre Kirchendisziplin in den wichtigsten Gegenständen immer, wo nur Katholiken auf beiden Hemisphären sind, gleich ist. Daher das *Missale romanum*, das *breviarium*, das *pontificale*. Vorschläge zu Verbesserungen dieser Anstalten hat man zwar nie abgewiesen, aber eigenmächtige Aenderungen nie als zulässig betrachtet. Wenn daher der Fall eintritt, daß ein Individuum diese allgemeine Kirchendisziplin wankend zu machen, oder aufzuheben sich bestrebe, so würde es der

Ruhe der Kirche gefährlich, den Gläubigen verdächtig, und daher dem Wohle der Kirche nicht zusagend seyn. Das Oberhaupt der Kirche würde daher die gegründete Veranlassung zu einer Exklusive nehmen können, wenn ein solches in der Kirche zu einer einflußvollen Stelle wollte befördert werden.

§. 22.

Wirft man einen Blick auf die katholische Kirche in Deutschland, so möchte es an Stoff nicht fehlen, hiervon Gebrauch machen zu können. Wer mit dem Zeitgeiste, und der Litteratur in unserem Vaterlande nur einigermaßen vertraut ist, dem werden sich folgende hieher gehörende Momente darstellen.

a) In der allgemeinen Liturgie sind Veränderungen theils vorgenommen, theils projektirt worden, die die Aufmerksamkeit des Oberhauptes der Kirche heischen müssen. Die kraftvollen Gebete, die das römische, und die Diöcesenritualien in lateinischer Sprache enthalten, haben Männern, die weder den wahren Geist in ihren Empfindungen, noch den Geist der lateinischen Sprache vollkommen inne haben, mißfallen, in Grundsätzen und

Lehren schwankend, haben sie es gewagt, deutsche Formeln zu substituiren, die faselnd, bloß sentimental ohne Geist sind, und wobei immer die Gefahr unterläuft, manchmal sogar die Absicht bemerkbar ist, die reine Glaubenslehre zu umgehen, zu verdunkeln oder gar zu verfälschen. Als Beweis hierüber könnte man die Bücher selbst anführen, und es wäre leicht bei vielen das anzuwenden, was Kanonikus Fabritius bei Brunners Gebetbuch *) so ausführlich und gründlich gezeigt hat. Allein nicht die Formeln allein wurden geändert, sondern auch die von der Kirche angeordnete Ceremonien, unterlagen diesem Reformatiönsgeiste, und viele haben sich bisher erlaubt, die Vorschläge, die sie in Büchern gemacht, in der That in ihrem Kreise in Anwendung zu bringen. Die Folge ist, daß das

*) Ueber Gebet, und Gebetbücher und die Nothwendigkeit einer geschärftern Staats- und Kirchenpolizei in Hinsicht asketischer und anderer auf die religiöse und sittliche Bildung des Volks Einflußhabender Schriften; allen redlichen Katholiken, und Nichtkatholiken zur Prüfung und Beherzigung empfohlen vom Kanonikus Fabritius. 1803.

Volk dadurch geärgert, oft unwissend irregeleitet, die burlesksten Manöuvres gemacht, und der Gottesdienst verächtlich und verdächtig wird. *) In Bezug b) auf die kirchliche Verfassung hat schon einen gefährlichen Saamen, wie ich bereits bemerkt habe, die Emser Punktation in Deutschland ausgestreut, der seither so ziemlich sich verbreitet, und gewuchert hat. Nicht nur haben sich Bischöfe, und auch einige Generalvikariate Dispensen in höheren Weihen und Gelübden erlaubt, die denselben die annoch rechtlich bestehende Kirchenverfassung zu ertheilen, verbietet; sondern man bezeigt auch gegen die Bestehende eine Gleichgültigkeit, die nicht nur schädlich ist, sondern das Prognostikon einer Denkungsart, und von Absichten ist, die eine Umwälzung und Trennung herbeiführen können. Alles, was zweckmäßiges

*) Einem Bischofe wurde von katholischen Kirchenräthen bei Gelegenheit der Einweihung einer katholischen Kirche eine nagelneue Formel, die eben so auch zur Einweihung eines heidnischen Tempels hätte gebraucht werden können, vorgelegt, aber, wie begreiflich, von demselben verworfen.

und Gutes in dem Titel der Dekretalen *de vita et honestate clericorum* vorkömmt, wird beinahe ganz vernachlässigt. Von der klerikalischen Kleidung an bis auf die geistliche Lebensweise fehlt bei den Meisten alles. Traurig ist das Sittengemälde, das sich jedem unbefangenen Beobachter darstellt, und wobei besonders die Excesse, die gegen das Cölibatgesetz begangen werden, nicht nach der Verfügung des Kirchenraths von Trient *sess. 25. cap. 12. de reform.* geahndet werden. Es entsteht daher der gegründete Verdacht, man wolle die Hand dazu bieten, die bestehende Kirchenverfassung entweder zu ändern, oder doch verächtlich zu machen *) Endlich auch in Rücksicht c) aller anderer Disciplinargegenstände, z. B. der Observanz der

*) Der Wahrheit zur Steuer muß man gestehen, daß, wenn man gleich ab Seite der Kirchenvorsteher in allen diesen Disciplinarpunkten thätiger seyn könnte, doch nur ein Theil der Schuld auf diese, der andere auf Seite des *brachii saecularis* lastet, welches die Kirchenvorsteher nicht nur nicht unterstützt, sondern manchmal dergleichen Personen gegen sie sogar in Schutz nimmt.

Feier- und Fasttage herrscht in Deutschland eine solche Ungebundenheit, die der wahren Religiosität sehr nahe tritt.

§. 23.

Macht man nun bei dieser Lage der deutsch-katholischen Kirche die Anwendung auf den gegenwärtigen Fall, so wird sich das Resultat ergeben: daß, wenn dem Papste ein Individuum zur Bestätigung in einer höheren kirchlichen Stelle in Vorschlag gebracht wird, er wohl mit Umsicht und Behutsamkeit zu verfahren, Veranlassung genug habe. Kein Unpartheiischer wird daher auch das Recht desselben mißkennen, aus den wichtigen hier vorgetragenen Ursachen einem solchen Individuum die Bestätigung zu versagen. *)

*) Der Einwendung, daß auf diese Art Jedem, auch nur der päpstlichen Kurie mißfälligen Individuum diese Bestätigung versagt werden könnte, werde ich sowohl bei der 4ten Frage, als am Ende bei Beantwortung der Gegengründe überhaupt begegnen.

§. 24.

Vierte Frage: In wie ferne darf die Staatsgewalt sich in diese Kirchenangelegenheit einmischen? und welche Rechte stehen ihr hiebei zu? Zur richtigen Beantwortung dieser Frage gehört die Vorfrage: Ist das Urtheil über die Würdigkeit einer Person, die zum Kirchendienste angestellt werden soll, eine rein kirchliche Sache? Man mag diese Frage nach allgemeinen oder positiven Grundsätzen erwägen, so bleibt immer das nämliche. Nach den Prinzipien des allgemeinen kirchlichen Gesellschaftsrechts hat jede Kirche nicht nur Lehrer, die die Symbole derselben auszulegen, und die Lehre fortzupflanzen und zu erhalten suchen sollen, nothwendig, sondern auch solche Personen, die die Obliegenheit haben, den Gottesdienst zu verrichten, und durch denselben die Lehre anschaulich darzustellen. Jede Kirche hat ihren Lehr- und manche auch ihren Priesterstand. Wenn es unter die Urrechte des Menschen gehört, frei für seine religiösen Bedürfnisse sorgen zu dürfen, und, wenn ihm dieß Recht weder verkümmert,

noch, so lange er dadurch die Rechte des dritten nicht verletzt, beschränkt werden darf, so ist es ihm auch erlaubt, zu Beförderung dieses Zweckes sich in einer Gesellschaft mit mehreren zu verbinden, und jene Mittel zu ergreifen, die zur Erreichung und Beförderung der gesellschaftlichen Zwecke nothwendig sind. Wenn sich darunter vorzüglich die Bestellung der Personen, durch die der Gesellschaftszweck erreicht werden soll, auszeichnet, so kann es keinem gegründeten Zweifel unterworfen seyn, daß der Gesellschaft selbst, im gegenwärtigen Falle der Kirche hierüber das kompetente Urtheil zukomme. Wer hat je bezweifelt, daß einer Handlungsgesellschaft das Recht zukomme, ihre Direktoren zu ernennen, und eben deswegen auch ihre Geschicklichkeit und Treue zu prüfen? Würde der Staat nicht das größte Unrecht darin finden, wenn man ihm das Recht seine Staatsdiener zu prüfen und zu ernennen, in Zweifel ziehen wollte, und wäre dieß nicht eben so viel, als seine Existenz selbst anzugreifen? und ist dieß nicht der gleiche Fall in Anwendung auf die Kirche? Die Erhaltung der Kirche, und die Beförderung ihres Wohles hängt von ihrem

Lehr- oder Priesterstand ab; wer kann zunächst, wer kann sicherer als die Kirchenvorsteher selbst über die Würdigkeit eines Kirchendieners ein Urtheil fällen? Man hat zwar nie im Ernste an der Richtigkeit dieser Behauptung gezweifelt, und, wenn man auch in den neueren Religionsedikten die landesherrlichen Rechte noch so weit ausdehnte, so hat man der kirchlichen Genossenschaft doch dieß Recht nicht in Zweifel zu ziehen, sich erlaubt. Selbst unter der Aegide des Territorialsystems, nach welchem Religion und Kirche nur einen Zweig der landesherrlichen Gewalt bilden, läßt man den Regenten, wenigstens nach den konsequenteren Collegialsystem, nicht aus eigener sondern übertragener Gewalt handeln, zum überzeugendsten Beweis, daß es baarer Widerspruch seyn würde, wenn man diese Befugniß, die die innerste Angelegenheit einer Kirche betrifft, derselben entziehen wollte.

§. 25.

Noch mehr ist aber dieß der Fall in Anwendung auf die christkatholische Kirche. Es ist ein wesentlicher Grundsatz der-

selben, daß in ihr nicht nur eine wahre Kirchengewalt existirt, der sich alle Gläubigen aus göttlicher Anordnung zu unterwerfen haben, sondern daß diese durch den Priester- und Lehrstand ausgeübt wird, daß sie von jeder weltlichen, dem Gegenstande, Zwecke und Mitteln nach ganz unterschieden, ein ausschlüssiges Depositum der Kirche seye; was kann aber näher mit dem Geiste dieser positiven Kirchenverfassung zusammenhängen, was folgt unmittelbarer aus demselben, als daß diese Gewalt vorzüglich für einen würdigen Priester- und Lehrstand, und dessen fortdaurende Ergänzung zu sorgen habe? Diesem Zwecke würde sie aber nicht entsprechen können, wenn sie nicht über die Tauglich- oder Untauglichkeit der Subjekte, die in ihren geistlichen Stand aufzunehmen sind, zu erkennen hätte. Es ist religiöser Geist, der hier wachen muß, dem Weltgeiste, der die äußern Gegenstände leitet, ganz entgegen gesetzt, Geist und Fleisch, Welt und Gott waren, wo nicht immer in Opposition, doch wenig in Harmonie, das heilige Priesterthum war nicht selten ein Gegenstand der Verfolgung der Welt. Nur derjenige daher, der mit dem

religiösen Geiste, den die Kirche erheischt, vertraut, oder der sonst mit der nothwendigen höheren Gnade ausgerüstet ist, und hiezu sein Legitimativ hat, kann ein geltendes Urtheil fällen. Hieraus geht daher hervor, daß nach dem Geiste der katholischen Kirchenverfassung das Urtheil über die Würdigkeit einer Person, die zum Kirchendienste angestellt werden soll, eine rein kirchliche Sache seye.

§. 26.

Dieser aus dem Geiste des Christenthums gezogene Satz beurkundet sich auch durch die ganze Geschichte der christlichen Kirche. Die Apostel sorgten ohne alle andere Einwirkung für das nothwendige Kirchenpersonal, und nahmen nicht nur zum Gottesdienste, sondern auch zur Pflege des Güterwesens die Diakonen an. Durchgehends wo sie Kirchen gründeten, bestellten sie Bischöfe und Presbyteren. Bis weit in das zweite Jahrhundert hinein handelten die Bischöfe ganz ungebunden, bis endlich das Presbyterium einen Antheil an der Regierung der Kirchen nahm. Aber dadurch veränderte sich der

Hauptgrundsatz nicht. Wenn auch dem Volke sogar ein Antheil an den Wahlen der Bischöfe gelassen wurde, so übte doch die Kirchengewalt nach je zuweilen veränderten Formen ihr definitives Recht aus. Als die Kirche die Patronatrechte erlaubte, behielt sie sich fortwährend das Urtheil über Würdigkeit der präsentirten Personen vor. In den Präsentationsurkunden, die dem Bischofe überreicht werden mußten, liegt das klare Bekenntniß, daß es von dem Bischofe abhängt, die vorgeschlagene Person anzunehmen. Die Metropolitane waren bei den höheren Beneficien das, was die Bischöfe bei den niederen waren, ihr Urtheil über die Würdigkeit eines durch die Wahl oder sonst ernannten Kandidaten war eben so nothwendig als entscheidend. Wenn die *clerici acephali* oder *domestici*, wie man sie in dem Mittelalter nannte, eine Ausnahme bilden, und sich dem Urtheile der Bischöfe entziehen wollten, so eiferten nicht nur die Kirchengesetze sehr dagegen, sondern man sah ihr Benehmen beinahe allgemein für unbillig an, und zwang sie unter die Aufsicht des Bischofs zurückzukehren. Noch anschaulicher legte sich dieß Recht in der Ausübung besonders auf höhere kirchliche Benefizien

dar, nachdem es von den Metropolitcn auf den Papst übertragen wurde. Nicht nur in dem Fall der Wahl, sondern seit der Epoche, da zu den meisten bischöflichen Sitzen von den Regenten nominirt wurde, wurde unwidersprochen, und feierlich dieß Recht dem Oberhaupte der Kirche eingeräumt, wie der Konfirmationsprozeß mit allen seinen Formalitäten den Beweis hierüber liefert. Nicht also bloß nach der Natur der Sache, nach den wesentlichen Principien des katholischen Kirchenrechts, sondern auch nach der Geschichte ist das Urtheil über die Würdigkeit einer Person die zu einer kirchlichen Stelle gelangen will, eine rein kirchliche Sache, die, wenn man die Zwecke der Kirche nicht hindern, oder zerstören will, ihr nicht beschränkt oder gar entzogen werden darf.

§. 27.

Hat aber die Staatsgewalt hiebei keine Befugniss? Das neuere Staatsrecht, welches sich in Bezug auf die Kirche so drückend ausgesprochen, und im umgekehrten Verhältnisse den leibhaften Bellarminismus

sich eigen gemacht hat, spricht freilich in einem hohen und ganz entscheidenden Ton. Nach diesem hat man nicht nur unter der Firma von Kirchenpolizei beinahe die ganze Kirchengewalt angesprochen, sondern man behauptet, vorzüglich den grössten Einfluß auf die Anstellung der verschiedenen dem Kirchendienste gewidmeten Personen. Man achtet die der Kirchengewalt eigenthümlichen Rechte gar nicht oder wenig, verwirft ihre Rügen, unterstützt der Kirche zum Trotze Personen, denen sie ihr Vertrauen aus den wichtigsten Gründen nicht schenken kann, nimmt dergleichen Eindringene gegen sie in Schutz, und zwingt dieselbe, wenn sie nicht das Aeufserste, d. i. die Existenz der ganzen Gesellschaft selbst wagen will, grofse Aergernisse in ihrem Schoofse zu dulden. Es ist daher die Frage von Wichtigkeit, wenn die Kirchengewalt, und in näherer Anwendung auf den vorliegenden Fall, das Oberhaupt der Kirche eine zu einer kirchlichen Stelle in Vorschlag gebrachte Person nicht für würdig hält, und ihr daher die kanonische Bestätigung verweigert, welche Rechte stehen der Staatsgewalt zu?

§. 28.

Es ist keinem Zweifel unterworfen, a) dafs in dem Falle, wo ein zu einer kirchlichen Stelle entweder durch Wahl oder durch Nomination in Vor-schlag gebrachtes Individuum von den kirchlichen Oberen, die Exclusive erhält, der Regent, dessen Unterthan ein solches ist, berechtigt seye, zu erforschen, welches die Ursachen seyen, die den kirchlichen Oberen zu einer solchen Exclusive bewegen; denn 1) ist eine solche Person Unterthan; es ist aber Pflicht des Regenten, seine Unterthanen nicht nur bei ihren Gütern, sondern in ihrer Ehre, und allen bürgerlichen Rechten, zu schützen. Erhält daher eine solche Person die Ausschliessung von einer Stelle, zu der sie auf eine rechtmässige Weise gelangt ist, so sind ihre bürgerlichen Rechte, vorzüglich ihre Ehre angesprochen, besonders wenn moralische Ursachen zum Grunde der Ausschliessung liegen sollten. Mit Recht würde daher auf einer Seite das beleidigte Mitglied des Staates den Schutz des Regenten anrufen, um seine verletzte Ehre zu verthei-

digen; auf der andern Seite müßte sich der Regent aus Pflichten, die er gegen jeden einzelnen Unterthanen hat, aufgefordert fühlen, den Angriff, der geschieht, abzuwenden und die gekränkte Ehre seines Bürgers in Schutz zu nehmen. 2) Die Kirche existirt im Staate, und wenn sie gleich ihre eigene Autonomie hat, so ist ihr doch der Schutz des Staates nothwendig, und sie hat denselben nicht bloß im allgemeinen, sondern öfters durch feierliche Verträge sich gesichert. Aus diesem Schutzrechte, wo es immer gegründet ist, leitet sich das Recht ab, die Freiheit der Personen, und die durch den kirchlichen Genossenschaftsvertrag begründeten Rechte derselben gegen gesetzwidrige Verletzungen in Schutz zu nehmen, und diejenigen, die unrechtmäßig gekränkt werden, seinen Schutz nicht zu versagen. In Deutschland traf dieß um so mehr ein, als die katholische Kirche, ihrer Hauptverfassung nach, unter der Garantie des ganzen Reichs, und ins besondere der kaiserlichen und landesherrlichen Advokatie stand, und öffentliche Verträge selbst mit dem päpstlichen Stuhle die Rechte der Reichsbürger auch in kirchlicher Beziehung sicherten. Wenn man gleichwohl von Staatswegen

bei der so nachtheiligen Säkularisation wenig Rücksicht hierauf nahm, und wenn gleichwohl die katholische Kirche den empfindlichsten Verlust ihrer Rechte nicht durch die Päpste, sondern durch die weltliche Gewalt in den neuesten Zeiten erfahren hat, so kann man doch, den Gegenstand unpartheiisch erwogen, dieses Recht nicht miskennen. 3) Es kann nicht geläugnet werden, daß, da außer Glaubens- und Sittensachen, der Kirche oder ihren Vorstehern kein höherer Beistand versprochen ist, sie in allen übrigen Angelegenheiten der Kirche als Menschen urtheilen, handeln und eines verschiedenen Einflusses empfänglich sind. Es ist daher möglich, und sogar durch Thatsachen erweisbar, daß Kirchenvorsteher, theils aus Irrthum gefehlt, theils aus Leidenschaft gehandelt, und dadurch andere in ihren Rechten verletzt haben. Schon von den ältesten Zeiten war daher der *recursus ad principem*, wie van Espen ausführlich zeigt, nicht ungewöhnlich. Wenn aber der Staat im vorliegenden Fall, bei einer solchen Exklusive dazwischentritt, so ist dieß nichts anderst, als die sogenannte *adpellatio ab abusu potestatis ecclesiasticae*, die von jeher ein zwar oft widersprochenes, aber

doch nicht ungegründetes Recht der Regenten war, welches selbst die Kirchenfreiheit schützt, und den wahren Zweck der Kirche unterstützt. Die Anwendung und Ausübung desselben ist daher ein altes, längst anerkanntes Recht, wovon in den neuern Zeiten nur öfters und bestimmter Gebrauch gemacht worden ist. Es ist daher als richtig anzunehmen, daß der Staat das Recht habe, der geistlichen Behörde, wenn es einem Individuum, welches auf eine legale Art zu einer kirchlichen Stelle vorgeschlagen ist, die kanonische Bestätigung verweigert, die Gründe abzuverlangen, und die Ursachen zu wissen, auf welchen diese Verweigerung beruht.

§. 29.

Werden aber diese Gründe wirklich vorgelegt, so entsteht die fernere Frage b) in wie ferne ist der Staat berechtigt, ein Urtheil hierüber zu fällen, und in wie ferne kann er fordern, daß im Kollisionsfalle sein Urtheil dem Urtheile der Kirchenvorsteher vorgehe? Will man diese Frage, auf welche es beinahe immer im Individuellen ankömmt,

gründlich und unpartheiisch beantworten, so muß unterschieden werden, ob die angeführten Ursachen α) rein kirchlicher oder β) rein weltlicher oder γ) gemischter Eigenschaft sind. Im ersten Fall geht das Urtheil der Kirche; im zweiten des Staats im Kollisionsfalle vor; im dritten ist *amicabilis compositio* das natürlichste und zweckmässigste Mittel zum Frieden.

§. 30.

α) Sind die Ursachen, aus welchen einem Individuum die kanonische Bestätigung von dem geistlichen Oberen, im gegenwärtigen Falle von dem Papste nicht ertheilt wird, rein kirchlicher Natur, so fällt es in die Begriffe, daß, da jede Gesellschaft ihre Autonomie hat, ohne welche sie als reel, und Selbstzweck nicht gedacht werden kann, auch die Kirche sie haben müsse. Aus diesem generellen Prinzip folgt aber, daß nothwendiger Weise alles, was auf ihre Symbole, Verfassung und Disciplin sich bezieht, nur ihrem Urtheile unterliegen könne. Nur sie oder vielmehr ihre Repräsentanten sind im Stande,

über diese Punkte ein kompetentes Urtheil zu fällen. Der Staat ergreift mit seiner Gewalt die Gewissen nicht. Die innere Ueberzeugung erheischt Freiheit, die der Staat nicht giebt, noch geben kann. Aeußeres und inneres Recht liegt weit auseinander. Jede Staatsreligion war von jeher gegen die Religion des Verstandes und des Herzens, noch mehr aber gegen göttliche Belehrung und göttliches Ansehen ein Ceremonienwerk, ohne Sinn und Geist, und zerbrechlich wie Töpferarbeit. Welches Gewicht könnten daher die Verfügungen des Staats in Bezug auf den Glauben, und die innere Verfassung der Kirche haben? Wenn diese Bemerkung schon im Allgemeinen richtig ist, so ist sie es weit mehr in Anwendung auf die christliche Religion und Kirche. Diese hat Religionslehren, die über die Vernunft sind; einen Lehr- und Priesterstand, der die Religionswahrheit auszulegen, den Kultus zu besorgen, und die christlichen Gemeinden auf dem Wege des Heils zu leiten, ausschliessend befugt ist; sollte es wohl zu miskennen seyn, daß Angelegenheiten, Fragen, und Zweifel, die hierüber entstehen können ihrer Bestimmung und Entscheidung nach zur

Sphäre der kirchlichen Gewalt gehören? Wer mag sich, wenn er nicht wie Moses und Aaron berufen ist, einen Theil an dem heiligen Richteramte anmaßsen? Wer darf sich dem erhabenen und gerechten Priesteramte in den Weg zu treten, und entweder Unwürdige unter die Propheten des Herrn einzuschieben, oder sie gegen das Urtheil des Gesalbten des Herrn, darin zu erhalten vermessen? Wäre dieß wohl nicht ein Eingriff in die heiligen Rechte der Kirche, ein Angriff auf das Heiligthum selbst, und eine Störung seiner Freiheit, und seines Wirkungskreises?

§. 30.

b) Sind aber die Ursachen, aus welchen einem Individuum die kanonische Bestätigung verweigert werden will, rein weltlicher Eigenschaft, so steht der Staatsgewalt das Urtheil zu. — Es hat sich mehrmals zugetragen, daß zwischen dem Papste als weltlichem Fürsten, und andern regierenden Häusern sich über weltliche Rechte Streit erhoben hat, woran Geistliche als Minister oder Rä-

the für ihre Fürsten Antheil genommen, und dieselben nachdrucksam vertheidigt haben. Beispiele geben die Streitigkeiten zwischen Philipp dem Schönen und Bonifaz VIII. wegen Besteuerung der Geistlichkeit, und zwischen Ludwig XIV. und Innocenz XI. wegen der Regalien. Sollte ein geistliches Individuum sich das Mißfallen seines geistlichen Oberen bloß deswegen zugezogen haben, weil es bei Irrungen dieser Art auf Seite des Regenten gestanden, und dessen Sache vertheidigt hätte, so würde der Staat mit Grunde diese Exklusive verwerfen. Denn unter dieser Voraussetzung wäre kein kanonisches Hinderniß vorhanden. Dem Gewählten oder Ernannten stünde daher auch keine gegründete Einwendung entgegen. Der kirchliche Vorstand hätte mithin auch keine gegründete Ursache, seinerseits die Bestätigung einer solchen Person zu verweigern. Wenn die Kirche von dem Staate fodert, daß er ihre Rechte und Freiheit achten soll, so kann auch der Staat fodern, daß die Kirche seine Rechte achte. Die Staatsgewalt würde also im Kollisionsfalle nach den Spruche Christi: *reddite caesari, quae sunt caesaris*, mit Rechte darauf bestehen, daß ihr Urtheil jenem der Kirche vor-

gehe, und die Kirchenvorsteher müßten sich von selbst bescheiden, daß sie dem Staate nachzugeben hätten.

§. 31.

Allein nimmt man die Frage nicht bloß theoretisch, sondern, wie sie es immer ist, praktisch, so kommt es fast niemals auf diese zwei ersten Glieder der angeführten Distinction an, sondern, so oft der Fall eintritt, wird die Sache so verwickelt dargestellt, daß der dritte Fall eigentlich derjenige ist, der zu entscheiden ist. Die Kirchenvorsteher stellen die Sache oder die Gründe der Exclusive aus kirchlichem, der Staat aus dem staatsrechtlichen Gesichtspunkte dar. Man schiebt die Sache auf den Grenzpunkt hinaus, wo sich Kirche und Staat nothwendiger Weise berühren müssen. Jede Macht, die geistliche wie die weltliche, behauptet Recht zu haben, und verfolgt auch dasselbe mit den ihr eigenen Waffen. Die Kirchenoberen wissen an einem solchen, zur Bestätigung vorgeschlagenen, Subjekte vieles zu tadeln; die Staatsgewalt vieles zu erheben. Nimmt man am Ende das Ganze zusammen, so fragt sich der un-

partheiische Beobachter selbst: Welches kann der gerechte und billige Mafsstab seyn, Irrungen dieser Art auszugleichen? — Es gehört eben keine tiefe Einsicht dazu, auf die Entdeckung zu kommen, daß nur durch *amicabilem compositionem* die Sache geschlichtet werden könne. Wollte der Staat fodern, die Kirche solle ihm unbedingt nachgeben, so würde man diese Foderung unbillig finden müssen, indem doch unverkennbar die Kirche auch ein großes Interesse bei einer solchen Differenz hat. Wollte man unbedingt der Kirche oder den Kirchenvorstehern den Vorzug bei der Entscheidung einräumen, so wäre der Staat offenbar zurückgesetzt. Was daher bei Regulirung der Grenzen zwischen der geistlichen und weltlichen Gewalt immer als der geradeste und billigste Ausweg angesehen wurde; was vorzüglich die deutschen Fürsten in einer eklatanten Erklärung — kaiserl. Wahl-Kap. Art. XIV. §. 4. — als gerecht und billig angesehen haben, dieß wird auch eine gerechte, und daher solide Basis noch dermal und immer bei jeder Irrung zwischen Kirche und Staat seyn. Wenn sich daher Staat und Kirche bei entstandenen Differenzen mit einander benehmen, so kann es

fast nicht anders kommen, als dafs der Gegenstand hinlänglich aufgeklärt, die Anstände berichtet, die Personen gerechtfertigt oder gebessert, die Unwürdigen entfernt, die Würdigen emporgehoben, die Harmonie zwischen Kirche und Staat erhalten, und das Wohl beider Gesellschaften gegründet werde.

§. 32.

Es wird der Mühe werth seyn, diese Grundsätze auf die Diöcese Konstanz, und ihre dermalige Lage anzuwenden. Se. päpstliche Heiligkeit haben dem (von dem Domkapitel allda nach dem Tode des letzten Bischofs, des hochseligen Karl Theodor von Dalberg ernannten Vikar) Freiherrn von Wessenberg die kanonische Bestätigung versagt. Es ist sehr einfach und natürlich, dafs jeder fragen darf: welche Ursachen den Papst dazu haben bewegen können? Diese Frage dringt sich Jedem um so mehr auf, als der Ernannte als ein Mann von ungemeiner Thätigkeit, tiefen Einsichten in allen Zweigen der geistlichen Wissenschaften, und von hohem Verdienste gegolten hat, und bei vielen zum grofsen Theile noch gilt. Jeder

fragt sich dann selbst: Welches mögen wohl die Ursachen zu dieser Exclusive seyn? Wenn der Papst in seinem Breve vom 15. März d. J. an das Domkapitel zu Konstanz auch der *gravissimarum causarum* erwähnt, so sind diese doch nicht ausgeführt, und nicht Jeder möchte es als eine blofse Delikatesse auslegen, dafs der Papst derselben nicht erwähnt hat, vielmehr möchte dieser Ausdruck, wie es auch wirklich geschehen ist, als ein Kniff angesehen werden, wodurch man einen hochverdienten Mann in seiner Laufbahn hemmen wolle. Nichts ist daher gerechter als zu fordern, dafs die Gründe, die eine Exclusive begründen konnten, vorgelegt werden. Das Domkapitel zu Konstanz ist diese Forderung seinem Rechte, wenn es dermal noch eines hat, schuldig; wenn es anders, worauf jedoch die päpstliche Bulle hindeutet, zuvor die Ursachen der Exclusive nicht schon gewusst hat. Die Landesregierung kann auch, wie gezeigt worden, hiebei nicht gleichgültig seyn. Die Anforderung an Se. päpstliche Heiligkeit, die Gründe zur Exclusive vorzulegen, im Falle diefs noch nicht geschehen ist, ist ganz gerecht und billig. Geschieht diefs, so wird der Mafsstab vorliegen, nach welchem dieser

Streit entschieden und die ganze Irrung gehoben werden könnte. *)

§. 33.

Es ist daher gar nicht zu verkennen, daß sich bisher Se. päpstliche Heiligkeit von den ihnen zustehenden Befugnissen, noch

*) Aus diesen Grundsätzen wird der Werth des Cirkulars des bischöflich - konstanzi-schen Generalvikariats an den ganzen Klerus der Diöcese zu bemessen seyn. Es lautet also: „Se. königl. Hoheit, der durchlauchtigste Großherzog von Baden haben unter dem 16. d. die höchste Entschliessung gefasst, daß dem gegen den bisherigen Generalvikar des Bisthums Konstanz Freiherrn von Wessenberg erschienenen, so wohl seiner Form, als seinem Inhalte nach ganz irregulären päpstlichen Breve keine Folge geleistet werden könne und solle; vielmehr Freiherr von Wessenberg als Verweser des Bisthums anzusehen und auf alle mögliche Weise zu schützen seye. Diese höchste Entschliessung wird aus Auftrag des höchstpreisslichen großherzoglichen Ministeriums des Innern vom 18. d. anmit dem Diöce-

gar nicht entfernt, sondern so gehandelt haben, wie Sie vielleicht Gewissenshalber handeln mußten, wenigstens streitet hiefür bei dem anerkannten ächt religiösen Charakter desselben die Vermuthung. Es ist unverkennbar, daß das Kapitel zu Konstanz, wenn es die Ursachen zur Exclusive für den Freiherrn von Wessenberg gewußt hat, nicht nur unbehutsam, sondern pflicht-

„san-Klerus unverzüglich eröffnet und allen
 „Herren Kommissarien und Dekanen die Wei-
 „sung ertheilt, ihre sämtlich unterstehende
 „Geistlichkeit hievon in Kenntniß zu setzen.
 „Konstanz, den 24. Juni 1817. Generalvik.
 „des Bisthums Konstanz.“ Ich enthalte mich
 über dieß Cirkulare Bemerkungen zu ma-
 chen, die Jedem, der in dem reinen katho-
 lischen Kirchenrechte kein Fremdling ist,
 sich von selbst aufdringen werden. Sie möch-
 ten auch unnöthig seyn, da der Gegenstand,
 wovon es sich handelt, in gegenwärtiger
 Schrift ohnehin beleuchtet ist. Nur die
 Schmach, die sich ein Domkapitel, oder bi-
 schöfliches Generalvikariat durch ein Kreis-
 schreiben dieser Art selbst anthut, kann ich
 nicht unberührt lassen. Wie tief ist doch der
 Katholicismus gesunken! *Hinc illae lacrymae!*

widrig gehandelt hat, wenn es denselben dennoch zum Kapitelsvikar wählte, weil es voraussehen konnte, daß dies zu großen Irrungen führen, und es sich, und die ihm anvertraute Kirche in große Verlegenheit stürzen würde. Es ist unverkennbar ein *ambitus in sacris*, wenn der Freiherr von Wessenberg, dem gleichfalls die Ursachen seiner zu erfolgenden Exclusive nicht unbekannt seyn konnten, sich doch in die Diöcesanverwaltung eindrang, und diese dem Willen des Papstes entgegen, zu behaupten unterfieng. Die Lage der Diöcese Konstanz ist daher höchst bedenklich. In Bezug auf die Ausübung der geistlichen Gerichtsbarkeit erheben sich wichtige Anstände, und Domkapitel und Klerus, wenn sie von dem Grundsatz einer einigen und katholischen Kirche nicht abweichen wollen, dürfen behutsam und fest einschreiten. Der allwaltende Gott leite daher diese Angelegenheit zum Wohle der Kirche, und vereinige die Herzen zum erwünschten Frieden!

§. 34.

Zum Schlusse gegenwärtiger Schrift wären nun die Gegengründe, die von den war-

men Freunden der Sache des Freiherrn von Wessenberg aufgestellt worden sind, zu würdigen. Ich habe sie von §, 4. — 6. mit den eigenen Worten der Verfasser dargestellt, und lasse nun die nothwendigen Bemerkungen folgen. a) Wenn man alle diese Aufsätze durchliest, die Ideenreihe, die in denselben vorkömmt, verfolgt, die Ansichten erwägt, so wird sich jedem die Ueberzeugung aufdringen, daß sie alle aus der Feder von einem oder höchstens zwei Verfassern geflossen sind, und wie aufgewärmter Kohl unter variirenden Formeln, in verschiedenen Zeitungsblättern aufgetischt werden. b) Betrachtet man die Grundsätze, die darin vorkommen, und durch das Vehikel der Zeitungsblätter verbreitet werden sollen, so sind es die hyperfebronianischen, die auf Trennung der katholischen Kirche nicht nur hinarbeiten, sondern sie auch, wenn sie geschehen ist, zu verewigen geeignet sind. c) Betrachtet man die Stimmung, in der sie vgetragen werden; so ist es bei weitem nicht die besonnene, umsichtige, schonende und ruhige, die sich in einem so wichtigen Gegenstande auszeichnen sollte, sondern die unüberlegte, vorlaute, leidenschaftliche, die den Verstand

zu bestechen, und das Herz zu täuschen sucht.

§. 35.

Allein noch weit weniger bedeutend sind d) ihre Gründe. 1) Wenn man sagt: „Pius „dem VII. gereiche es zum Vorwurfe, daß er „mit seinem Breve gegen den Freiherrn von „Wessenberg erst bei Gelegenheit seiner Wahl „zum Kapitelsvikar hervorgegangen, und ihm „dadurch von rückwärts einen Streich habe „versetzen wollen, besonders da man dieß „Breve fast gleichzeitig durch den Hambur- „ger Korrespondenten N. 61. verbreitet habe,“ so ist diese Beschuldigung ganz ungegründet. Denn nicht nur war das Domkapitel zu Kon- stanz von den Ursachen der Exklusive ganz unterrichtet, indem der Papst demselben ge- radehin den Vorwurf hierüber macht, da er sagt: *Ignotum vobis esse non potest, nec reapse est, praefatum Wessenbergium nobis ob gra- vissimas causas non probari*, sondern dasselbe konnte auch den Hrn. v. Wessenberg davon unterrichten, und der Herr Generalvikar war es auch ganz zuverlässig. Es ist also keine hinterlistige, sondern eine ganz offene Hand-

lungsweise, die der Papst einschlug. Wenn dennoch gegen die Exclusive das Domkapitel handelte, und der Excludirte gegen den Willen des Papstes diese Stelle übernahm: wie konnte man offner entgegen wirken, als durch ein öffentliches Breve? Und wie konnte man wohl schonender zu Werke gehen, als wenn man diese Ursachen nicht namentlich anführte, um vielleicht dem Excludirten Gelegenheit zu geben, die begangenen Fehler gut zu machen, und damit die ganze Sache abzuthun? Wahrlich so discret haben bisher die Feinde des päpstlichen Stuhls weder den Papst, noch seine Kurie behandelt!

§. 36.

Wenn man einwendet: „der Freiherr von „Wessenberg bekleide mit dem größten Beifalle, und der angestrengtesten Thätigkeit „schon seit 16 Jahren die Stelle eines *Vicarii „generalis* in der Diöcese Konstanz; seine „Geschicklichkeit, Frömmigkeit und Verdienste seyen in ganz Deutschland be- und anerkannt; nur ein naher päpstlicher Legat, den „er etwa zum Mißfallen Veranlassung gab, „Schmeichler, die sich durch *criminationes*

„*vagas* heben wollen; Mönche, die er
 „dem Polster der Bequemlichkeit entrücken,
 „und zur gröfseren Thätigkeit aneifern woll-
 „te, seyen es, die auch den gerechten Pius irre
 „geleitet haben;“ so mögen sich die Freunde
 dieser Sache bescheiden, dafs nicht alles,
 was glänzt, Gold ist. Weit entfernt, den
 Verdiensten des Freiherrn von Wessenberg
 zu nahe treten zu wollen, kann er, da er
 Mensch ist, selbst irre geleitet seyn; viel-
 leicht ist der Edle mehr, als ihm selbst lieb ist,
 das Werkzeug gewisser Menschen, die ihm nie
 freien Blick lassen, sondern seinen Horizont
 mit Wolken immer umgeben, die er nicht
 durchdringt. Wie es dermalen in Deutsch-
 land aussieht, davon habe ich bei Erörterung
 der dritten Frage eine kurze, aber wahre
 Schilderung gemacht. Wer gewissen Männern
 in die Hände geräth, ist, wie es der hoch-
 selige Dalberg erfuhr, nicht immer gut
 christ-katholisch berathen. Alles wird darauf
 ankommen, dafs die Gründe zu dieser Exclu-
 sive bekannt werden; dann kann sich jeder
 Unbefangene von ihrem Gewichte überzeu-
 gen. Zur Zeit steht die Vermuthung, dafs sie
 wichtig sind, für den Papst. Der so kluge als
 standhafte Pius würde gewifs, vorzüglich

unter der gegenwärtigen Konstellation in Deutschland nicht so gehandelt haben, wie er wirklich handelte, wenn er sich nicht von heiligen Pflichten hätte gedrungen gesehen. Der nahe päpstliche Gesandte konnte allerdings auch nähere Notizen einziehen, und daher gründlich zu Werke gehen. Schmeichler hat der römische Stuhl wenige. Jene, die seine Rechte zu erhalten und zu vertheidigen suchen, haben für ihre Ueberzeugung beinahe kein anderes Loos, als die ersten Apologeten des Christenthums. Der Einfluß der Mönche, wovon in Deutschland wenige existiren, die meisten aber der böse Weltgeist ergriffen hat, so, daß sie die heilige Stadt eher zerstören als aufbauen, ist ganz unbedeutend, und ein Phantom. Dagegen steht die starke Phalanx der geheimen und offenen Feinde der Kirche da, die hundert Maschinen spielen läßt, um alles zu zernichten.

— §. 37. —

Man giebt vor: „Dieser Akt, nämlich die „Exclusive des Freiherrn von Wessenberg, „seye der neue Barometer, der den neuen „Stand der römischen Kirchenherrschaft in

„Deutschland anzeigen soll. In Rom denke
 „man, bei so günstigen Aussichten lasse sich
 „etwas wagen. Der Mann, der es gewagt hat,
 „in Wien von einer deutschen Kirche zu spre-
 „chen, und sich des, in frommen römischen
 „Ohren so gottlos klingenden, Ausdruckes:
 „Kirchenfreiheit zu gebrauchen nicht scheute,
 „dem kann die Verwaltung eines deutschen
 „Bisthums nicht übertragen werden. Freilich
 „darf man das nicht laut sagen; aber dar-
 „nach darf man doch im Geiste eines Hilde-
 „brands handeln. Es ist daher Napoleonische
 „Politik, die Männer von öffentlichen Stel-
 „len zu entfernen, die sich diesen neuen An-
 „maßungen widersetzen könnten.“ — Es ist
 ein ganz gewöhnlicher Kniff aller Feinde des
 römischen Stuhls, auf denselben zu schim-
 pfen, und der Wohlthaten ganz zu vergessen,
 die von demselben in der Vorzeit den Natio-
 nen zugeflossen sind. Auch die Deutschen
 trifft dieser Vorwurf. Was wäre noch einige
 Jahrhunderte Deutschland geblieben, wenn
 nicht in dasselbe die Päpste das Christenthum,
 und durch dieses bessere Sitten und dauernde
 Kultur-Anstalten gebracht hätten? Es ist Ent-
 stellung und boshafte Verläumdung, wenn
 man immer nur mit schwarzen Farben das

darstellt, was etwa unangenehm oder drückend von Seite Roms war, und das vergiftet, oder schief beurtheilt, was von eben dieser Seite vortheilhaft uns zukam. Wäre nicht der mächtige Arm der Päpste gewesen, wer hätte die deutsche katholische Kirche gegen ihre Feinde geschützt? Schon im 9ten Jahrhunderte wären ihre Güter eine Beute der Großen geworden. Das unselige Faust- und Kolbenrecht konnte nur durch die von den Päpsten eingeführte *treuga dei* einigermaßen beschwichtigt werden. Größere Laster und empörende Grausamkeiten fanden nur an den Päpsten einen Oberen, der sich ihnen entgegen setzte. Welche Verwüstungen würden in Deutschland noch ausgebrochen seyn, und wie lange würden sie noch gedauert haben, wenn nicht die Päpste, wie Innocenz III., dazwischengetreten und Frieden gestiftet hätten? Mit dem geschwächten Einfluß der päpstlichen Macht nahte sich auch für Deutschland die Periode seiner Schwäche. Die Reformation gibt die erste Probe; und die zweite ist die Säkularisation. Wäre nicht, und zwar durch die deutschen Katholiken das Ansehen des Papstes geschwächt worden, so würde

diese entweder nicht so tief eingegriffen haben, oder doch die Wunde ehender geheilt worden seyn? Was haben wohl diese starken Geister, die sich itzt mit so vieler Animosität gegen den päpstlichen Stuhl erheben, während dieser traurigen Periode für die katholische Kirche gethan? Zufrieden, mit guten Pensionen, oder sonst fetten Pfründen, die sie geniefsen, sich versehen zu haben, sahen sie dem Werke der Zerstörung ruhig zu, und trugen manchmal noch Holz zum Brande bei. Jetzt, da sie sich fürchten, ihr eigenes liebes Ich oder ihre Bequemlichkeit möchte ins Spiel kommen, machen sie übertriebene Schmeichler der Regierungen und wollen von diesen durch Kriecherei erlangen, was ihnen die Kirche nie zugestehen kann. Wie schwach verhallte die Stimme des hochseeligen Fürstprimas: von dem Frieden der Kirche: in den Tuilerien sowohl als den Residenzen der übrigen Bundesfürsten? Wer einzig noch unter den Stürmen der Zeit unerschütterlichen Muth zeigte, war der Papst. Er hat durch sein moralisches Gegengewicht die physische Kraft Napoleons bestanden! dieser Muth allein hat Achtung eingeflößt, und

daher scheinen sich auch um dieses Zentrum die gekrönten Häupter sammeln zu wollen. Der jetzige Papst hat durchgehends in seinen Unterhandlungen solche Prinzipien zu Grunde gelegt, die selbst bei Nichtkatholischen Regierungen z. B. England, die Niederlande, Beifall gefunden haben. Die Zeit ist vorbei, wo man von Seite der römischen Kurie die Rechte der Thronen, der Partikularkirchen, der Nationen verkennt. Sie hat selbst aus der Erfahrung gelernt, daß nur Recht, Mäßigung und Billigkeit die Ruhe der Staaten und Kirche sichern. Es ist daher eitle Furcht, oder niedrige Verläumdung, wenn man den päpstlichen Stuhl einer ungebundenen Herrschsucht beschuldigt. Man könnte aus der Geschichte in vielen Beispielen nachweisen, daß der päpstliche Stuhl, wenn er irre geleitet war, von selbst seine Schritte zurücknahm, und wenn er sie mit Standhaftigkeit behaupten mußte, weit mehr geneckt und verfolgt wurde, als er es erwiedern konnte, oder wollte. Von der Herrschsucht der Päpste ist daher dermalen wenig, oder nichts zu fürchten.

§. 38.

Man wendet endlich ein, „die Aufklärung seyn in einigen Gegenden Süddeutschlands bereits so hoch gestiegen, daß man sich in die veralteten Grundsätze Roms gar nicht finden könne, und daß wenn Rom nicht liberalern und reinern Ideen über kirchliche Disciplin und Verfassung huldigt, man mit ihm abbrechen, und um Bischöfe, die Deutschland so nothwendig hat, zu erhalten, nach Petersburg, d. i. zur griechischen Kirche sich wenden müsse. Das Repräsentativsystem, das in Deutschland so beliebt sey, müsse auch in der Kirche hergestellt werden. Es würde daher gut seyn, wenn die Wahlen der Bischöfe durch den Klerus und das Volk wiederhergestellt, und dann der nächste Bischof zur Konsekration des Erwählten beigerufen würde.“ Wahrlich mit dem, was man Aufklärung unter Katholiken in Deutschland zu nennen beliebt, ist es weit gekommen. Aufgeklärt unter den Geistlichen nennt sich der, welcher alle positive Religionswahrheiten in Zweifel

zieht, bestreitet, oder ganz gleichgültig darüber hinweg geht. Aufgeklärt nennt sich der, der in seinen Sitten wüster als ein Weltmensch ist, wie ein Schmetterling um die Blumen, so um Frauenzimmer buhlet, von dessen Lockungen, weder das unschuldige Mädchen, noch die frähe Dirne sicher ist, der ungescheut sich mit seinen natürlichen Kindern brüstet. Aufgeklärt ist der, der sich seinen Standespflichten ganz entzieht, und sie noch als ein Werk der Täuschung, des Betrugs ausgibt. Solcher aufgeklärten Männer unter den Geistlichen haben wir eine ziemliche Anzahl, und freilich stechen diese gegen den Charakter des Papstes, und einer noch bedeutendern Anzahl anderer ab. Dafür werden aber auch letztere mit den Namen Bigotten, Obskuranten belegt. Wer mag sie von diese Charakter-Zeichnung befreien! Ihr Erbtheil ist daher Spott, Verachtung. Allein dieß Urtheil mag doch nur in der verblendeten Phantasie der ersteren oder ihrem verdorbenen Herzen faseln; der gesündere Theil der Menschen, Christen, und Katholiken, denkt anders. Gebrandmarkt gehen diese Weichlinge unter ihren Mitbürgern herum, bis sie die

höhere Zuchttruthe ereilt. Der Geistliche mit wahrem geistlichen Charakter hat noch nicht an seinem moralischen Werth verlohren. Mögen sie daher den Versuch wie ehemals die Protestanten durch Cyrillus Luckaris machen, sich mit der russischen Kirche zu vereinigen, selbst wird, wenn diese Kirche ihre Gesinnungen näher kennen lernt, sie dieselben auswerfen. Zwar möchten sie bei dieser Vereinigung etwas geschmeidiger und rechtgläubiger werden, wenn sie nur Weiber erhielten, und ihre natürlichen Kinder in den Klöstern versorgen könnten, allein doch kaum würden sie sich mit der übrigen Kirchendisziplin in der griechischen Kirche vertragen. — Die Idee von den Wahlen der Bischöfe durch den Klerus und das Volk ist aus der französischen *Constitution civile* vom Jahre 1791 entlehnt, und hat sich schon damals als unanwendbar bewiesen. Er verlohnt sich daher der Mühe nicht, über die Ausführbarkeit dieses Vorschlages auch nur ein Wort zu verlihren.

Frey, Franz Andreas,

Die gegenwärtige Lage der Diöcese Konstanz aus dem kirchen- und
staatsrechtlichen Gesichtspuncte betrachtet

Rom ; Konstanz [i.e. Bamberg] 1817

Bamberg, Staatsbibliothek -- HV.H.Germ.481#1

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11694675-1